

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 7. Mai 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Ein Engländer über den China-Feldzug.

Nachdem der amerikanische Major Waller unlängst vor dem Kriegsgericht sein Guantum auf den Philippinen damit entschuldigend hatte, daß ja auch in China von den verbündeten Truppen ganz ebenso gehandelt worden sei, ohne daß auch nur einem einzigen Offizier derselben das geringste geschehen, dürfte es nicht unangebracht sein, diesen Feldzug auch einmal in der Beleuchtung zu betrachten, die ihm ein englischer Kriegsberichterstatter, Mr. G. Lynch, in seinen Aufzeichnungen über den Zug nach Peking giebt.

Lynch ist ein kriegsgewohnter junger Mann: Er hat den spanisch-amerikanischen Krieg auf Cuba und den Boerenzug bis zum Entschluß von Ladysmith mitgemacht, er kann das Weisen eines Mausegeschlosses von dem Brummen einer chinesischen Musketenugel unterscheiden und ist zweimal verwundet worden. Er ist keineswegs sentimental, im Gegenteil, er nimmt die Gräueltaten, die jeder Krieg mit sich bringt, ganz ohne Kritik hin, — denn c'est la guerre! Und doch ist er aufs höchste empört über die Art der Kriegsführung, die das Entschlußcorps der vereinigten Mächte angenommen hatte.

Seine Landleute sucht Lynch natürlich zu schützen und berichtet hauptsächlich von den Gräueltaten der Russen und Franzosen; an einer Stelle jedoch sagt er, daß eine fürchterliche Freude an Grausamkeiten sich unter allen Nationen verbreitet hätte; und daß keine Truppe einer anderen irgend ein Verbrechen vorwerfen könne, ohne ein ebenso wahres tu quoque! (Du ebenso!) zur Antwort zu bekommen. Fast alles, was bei uns aufs energischste besprochen wurde, bestätigt Lynch in vollstem Maße. Und dennoch giebt es Leute, die den Chinafeldzug mitgemacht haben, und von alledem nichts gesehen haben wollten! Merkwürdig, was so ein Kriegsberichterstatter, dessen Stimme nicht ganz von der hohen Strategie eingenommen sind, alles sieht!

„In Tungtschau“, schreibt der Verfasser, „ging ich auf einer Straße, die von einem Felsen überragt wich, auf dem Häuser standen, und fand dort zwei chinesische Mädchen liegen. Die Art, wie ihre Beine lagen, zeigte deutlich, daß sie aus einem der Häuser über die Straße herabgesprungen waren. Sie stöhnten ganz jämmerlich, und ihre Beine waren offenbar gebrochen und ausgerenkt. Ich ging hinzu und gab ihnen zu trinken, und die arme, arme Hand der einen zitterte heftig in der meinen, als ich ihr meine Feldflasche reichte. Die andere war schon zu erschöpft, um auch nur noch schlucken zu können. Aus den Häusern aber mir tönte das wüste Geschrei der Soldaten, ab und zu unterbrochen von einem wilden Aufschrei, was mir deutlich sagte, welchem Schicksal die beiden Mädchen durch ihren verzweifelten Sprung entgangen waren. Nun lagen sie da, hilflos, mit schrecklichen Schmerzen, unter einer sengenden Sonne, und niemand war da, ihnen zu helfen. Ich konnte nichts thun, als sie liegen lassen, wie man so viele unter ähnlichen Umständen auf dem ganzen Marsche von mehreren Tagen hatte liegen lassen müssen. Diese Scene war typisch! Auf unserm ganzen Zuge nach Peking, und dort selbst, war es gar nichts Ungewöhnliches, ganze Familien Seite an Seite in den Häusern zu finden, wo sie Selbstmord begangen hatten. In vielen Bräumen wurden die Leichen von jungen Mädchen gefunden, die vergewaltigt worden waren. Diese Methode sich seiner Opfer zu entledigen wurde als der sicherste Weg, seine Unthaten zu verbergen, von den Soldaten häufig angewandt.“

Von zwei Müssen wird berichtet, daß sie in ein Haus drangen, wo eine Frau mit ihrem Mann und zwei Kindern lebte. Sie vergewaltigten die Frau, spießten eines der Kinder auf ein Bajonett, und mißhandelten den Mann, so daß er starb. Da nahm die Frau das eine Kind, das ihr geblieben war und sprang mit ihm in den Kanal. An anderer Stelle berichtet Lynch von fünf Mädchen, die von den Soldaten mit Gewalt in ihre Quartiere geschleppt wurden. Derartige Verbrechen kommen häufig in den Aufzeichnungen vor, und der Verfasser meint, daß die Verbündeten allen Grund hätten, dem Baron Ketteler-Sühnedenkmal in Peking gegenüber den Chinesen ein Denkmal zu errichten „zur Ehre und zum Andenken an die Frauen und Mädchen der Provinz Petchili, die ihr Leben opferten, um ihre Keuschheit zu bewahren.“ Die Missionare aber predigen den „Heiden“ das sechste Gebot.

Die Verbrechen über Plünderung sind noch häufiger. In Tungtschau, das fast noch reicher war als Peking, wurden zum erstenmal die Läden in großem Stil geplündert. Die Soldaten brachen Türen und Fenster auf und stahlen, was sie brauchen konnten; fanden sie etwas, was ihnen besser schien, so warfen sie ihre Bündel weg und stelen über die neue Beute her. Es war ein merkwürdiger Anblick, die große und reiche Stadt gänzlich der Gnade der Soldaten preisgegeben zu sehen. Man denke sich eine unsrer europäischen Städte in gleicher Lage. Wahre Ozeane des Raubes und der Gewaltthat wurden hier gefeiert.

In Peking ging es am tollsten zu. Lynch sagt, daß die „Sieger“ in den drei ersten Tagen nach Einnahme Pekings fast ohne Ausnahme fortgesetzt plünderten und auch die Tempel nicht schonen.

„Zu Tausenden“, schreibt er, „kamen Hölle vor, daß Soldaten in Häuser einbrachen und alles, was sie nicht fortzuschleppen konnten, im Nutzwillen zerkrümmerten, die Bewohner mißhandelten, mitsamt Wägen, mit den Frauen noch schlimmer verführten, Biel und Raubtiere niederstachen oder erschossen.“ Die Engländer mußten ihren Raub angeben, der dann eben Nachmittag versteigert wurde. „Damit war die Plünderung in ein System gebracht. Dieser China-

feldzug ist der größte Raubzug seit den Tagen der Pizarro. Man kann auf die verschiedenste Weise plündern, und andre Nationen haben es nicht auf die englische Art betrieben, aber alle stimmten darin überein, daß Plündern erlaubt sei.“

Aber nicht das Militär allein plünderte, sondern auch die europäischen Zivilisten. Gehen wir Lynch: „Da kamen in erster Linie die Missionare. Ihre „Geschäftsverfahren“ bestand darin, daß sie an den Häusern reicher Chinesen eine Flagge hielten, und sie die Gebäude vor den Soldaten schützten. Dann wurde an die Türen eine Klotz geklebt, besagend, daß dies das „Eigentum“ der und der Mission sei. Darauf kam der geistliche Herr und versteigerte den ganzen Inhalt eines Hauses, und wenn es nichts mehr zu versteigern gab, so ging er in das nächste „seiner“ Häuser und so fort.“

Aber die erfolgreichsten dieser Freibeuter waren Leute, welche Peking konnten, und vor allem einen Plan hatten, um ihren Raub unterzubringen.

Da war ein unternehmender Ingenieur, der jeden Morgen mit einem Wagen und 8 Dienern loszog und die Wohnungen reicher Chinesen aufsuchte, in denen vermutlich solides Silber zu finden war. Im Anfang der Voger-Marschen wurden viele Tausend Pfund Silber in den Häusern versteckt. Wenn nun irgend jemand von den Besitzern der betreffenden Häuser oder deren Dienerschaft zurückgeblieben war, so brauchte man diese nur dahin zu bringen, das Versteck zu verraten. Hierzu war häufig ein „starker Trud“ vorhanden.

„Das lasse ich immer meine Leute besorgen“, sagte der Ingenieur. „Man braucht ja nicht zu genau nachzuforschen, wie sie dabei zu Werke gehen. Ich warte draußen mit dem Wagen, bis sie den Schatz entdeckt haben. Manchmal muß ich 1/2 Stunde warten, oder eine Stunde, oder gar zwei — aber dann ist es auch wert, daß man wartet.“

Auch aus dem kaiserlichen Palast wurde vieles gestohlen. An anderer Stelle berichtet Lynch:

„Eines Tages frühstückte mit mir ein junger Chinese, der in jedem zivilisierten Lande ein Gentleman gewesen wäre. Er hatte mit den Gesandtschaften gegen die Voger gesucht, und war verwundet worden; das schätzte ihn aber in keiner Weise, denn er war inzwischen dreimal ausgeraubt worden, von einem Russen zuerst, dann von einem Franzosen, und zuletzt von einem Japaner, der nur noch ein Taschentuch bei ihm vorfand.“ Wehmütig erging es den christlichen Chinesen, die gegen die Voger aufs tapferste gekämpft hatten und nun, trotz der Beschwerden der Missionen, von den Truppen ausgeraubt und mißhandelt wurden. Diese konnten die beschwerten Chinesen von den anderen nicht unterscheiden und verstanden kein Wort ihrer Sprache“, schreibt Lynch, „und so oft ein Zweifel bestand, ob ein Chinese ein Voger sei oder nicht, wurde angenommen, daß man es mit einem Voger zu thun habe, oder, um General Chaffee zu zitieren: „Man kann ruhig sagen, daß auf jeden wirklichen Voger, der seit der Einnahme von Peking getötet wurde, fünfzig harmlose Kulis oder Feldarbeiter, darunter nicht wenige Frauen und Kinder, erschlagen wurden.“

Auf dem ganzen Weg von Tientsin nach Peking fand Lynch erschöpfene Kulis an der Straße liegen!

General Wilton von den Vereinigten Staaten sagte nach Lynch: „Jeder Chinese, den man für einen Voger hielt oder der auf dem Feld mit einem Karst in der Hand entdeckt wurde, wurde ohne weiteres erschossen. Plünderung, Raub, Gewaltthat, Brandstiftung, was man für die Gewohnheit bloß noch von Wilden auf dem Kriegspfad hielt, scheinen immer noch einen Teil der europäischen Kriegsführung auszumachen.“

Das alles steht in den Aufzeichnungen des Mr. Lynch und giebt uns das Bild eines Hunnenzuges, wie er hunnenhafter nicht leicht gedacht werden kann. Man sollte meinen, daß den Chinesen die „weiße Gefahr“ in keiner schrecklicheren Weise zum Bewußtsein gebracht werden konnte, und doch scheinen noch weit größere Verbrechen von seiten der Verbündeten begangen worden zu sein, denn Lynch schreibt nach der Schilderung von der Niederbrennung eines Dorfes: „Es giebt Dinge, die ich nicht schreiben darf und die in England nicht gedruckt werden dürfen, die aber zeigen, daß unsre westliche Kultur nichts ist als Barbarei unter einem Mäntelchen. Die vollste Wahrheit ist noch über keinen Krieg berichtet worden und dieser wird keine Ausnahme machen.“

Uns genügt das Mitgeteilte vollaus zur richtigen Bewertung unsrer Kultur.

Politische Uebersicht.

Verlu, den 6. Mai.

Reichstagsferien.

Unverwartet schnell ist der Reichstag zu Pfingstferien gekommen. Während noch vor kurzem beabsichtigt war, die vorliegenden Arbeiten, insbesondere das Branntwein- und Zuckergesetz vor Pfingsten fertig zu stellen und dann das Haus bis zum Herbst zu vertagen, mußte von diesem Plan Abstand genommen werden, da die Rechte eine Kommissionsberatung für die Zuckerkonvention und das Zuckerversteuergesetz forderte. Im Seniorenkongress am Dienstagvormittag stellte der Präsident fest, daß die große Sommervertretung nicht schon vor Pfingsten eintreten könne, es sei noch nach Pfingsten eine kurze Tagung nötig. Um die entgegen-gesetzten Wünsche der Linken und der Rechten des Reichstages bezüglich der Reihenfolge in der Beratung der beiden genannten Gesetze — Branntwein und Zucker — zu veräußern, machte der Präsident den Vorschlag, daß Branntwein und Zucker in gleichem Schritt marschieren sollten, daß nach Pfingsten zunächst die Branntweinsteuer-Vorlage fertig beraten, aber die Endabstimmung über

diese Vorlage ausgesetzt werden sollte, bis das Zuckerversteuergesetz gleichfalls in zweiter und dritter Lesung durchberaten sei, worauf dann an ein und demselben Sitzungstage beide Gesetzesentwürfe zur Abstimmung gebracht werden sollten. Der Seniorenkongress stimmte diesen Vorschlägen zu und nur Abg. v. Kardorff ließ erkennen, daß agrarische „Wilden“ den Versuch machen würden, die Zuckervorlage zu hindern, indem sie die Verweisung derselben an eine Kommission durch Anzweiflung der Beschlußfähigkeit bekämpften.

Auch die ostafrikanische Bahn soll nach Pfingsten noch erledigt werden, die Regierung fordert dringend eine Entscheidung in dieser Frage. Die Budgetkommission hat am Dienstag diesem Gesetzentwurf zugestimmt, aber nur mit schwacher Majorität und bei schlechter Befugung; einige Centrumsmitglieder stimmten dafür mit der ausdrücklichen Bemerkung, sich dadurch nicht für das Plenum binden zu wollen. Gute Aussichten hat diese Vorlage jedenfalls nicht.

Die Zuckerkommission — die sich nach Schluß der Plenarsitzung konstituiert hat — soll nach Mehrheitsbeschluß am 27. Mai ihre Beratungen beginnen; die Konservativen versuchten vergeblich einen späteren Termin durchzusetzen. Die Regierung soll ersucht werden, mittlerweile Material zur Beurteilung der Vorlage und sachverständige Gutachten über ihre wahrscheinlichen Folgen den Kommissionsmitgliedern zugänglich zu machen.

In der Plenarsitzung am Dienstag kam es tatsächlich zu dem vom Abg. v. Kardorff schon angekündigten Obstruktionsversuche eines wilden Agrars. Kaum war die dritte Beratung der Schützentruppenvorlage erledigt, so stellte sich Herr Lude als solcher dem Hause vor, gewiß nicht, ohne sich vorher bei seinen Freunden Dertel und Diederich Hahn den notwendigen Rat geholt zu haben. Aber der Rat taugte nicht viel und sagte Herrn Lude schließlich eine sehr fatale parlamentarische Blamage zu.

Die sich entspinnde Geschäftsordnungs-Debatte war eine der erregtesten, die der Reichstag je gesehen hat. Die Herausforderung des Herrn v. Kardorff, der unierer Fraktion und der Linken gern Dammischauben anlegen wollte, um das Gelübde herauszupressen, in der parlamentarischen Behandlung der Branntweinsteuer-Vorlage ganz nach den Wünschen der Rechten zu tanzen, veranlaßte Webel und die Herren Barth und Richter zu einer scharfen Erwiderng. Das Thema der Obstruktion und ihrer Wirkung auf den Parlamentarismus wurde heftig debattiert und das Schlagwort von der „unlauteren Obstruktion“ erfinden. Die Obstruktion der Rechten, mit der vornehmlich von den Führern bereits gedroht wurde und die von den Strohmannern schon in Scene gesetzt war, eine reine Abwehrmaßregel ist und von den lautesten Rottweilern getragen wird. Daß die Linke von diesen Theorien in heiterster Laune versetzt wurde, ist selbstverständlich.

Romisch war auch Herr Wachem, der, in schwarze Kossakdröge gekleidet, den Muth des Parlamentarismus voraussetzte, wenn die Parteien zu Maßregeln griffen, die mit dem Geist und Sinn der Geschäftsordnung in Widerspruch stünden. Er dachte wohl weniger dabei an die Branntweinsteuer-Vorlage, als an den Budgettarif.

Graf Wallerstem zeigte sich während der ganzen Schlacht wieder als kluger Mann. Er verstand es, links Weisfallstürme zu entfesseln, als er die Störung durch Lude verurteilte und von der Rechten wieder lebhafteste Weisfallstürme zu ernten, als er Herrn Richter verurteilte, er würde seine Autorität ohne seine Hilfe eventuell auch gegen ihn durchzusetzen wissen. Aber selbst dieser Satz war in so liebenswürdigem Tone gesprochen, daß keine besondere Verstimmung zurückbleiben konnte.

Herr Lude bestand auf seinem Kopfe, trotz der Bitten des Herrn v. Levetzow, und es kam zum Namensaufruf und zur Feststellung der Beschlußfähigkeit, einer ganz ehrenvollen Beschlußfähigkeit, denn es fehlte nur an einem halben Dutzend Abgeordneten, von denen einige Nachzügler sich noch nach dem Namensaufruf einfanden.

Durch die Einberufung einer zweiten Sitzung im unmittelbaren Anschluß an die erste und durch die selbständige Festsetzung der Tagesordnung vermittelte der Präsident dann ohne weiteres den Plan der „Wilden“. So viel Mut besaß Herr Lude schließlich doch nicht, daß er noch einmal mit einer Waffe zu spielen versucht hätte, die er nicht zu gebrauchen versteht. Schon daß er sich zum Namensaufruf von seinen Freunden schleppen ließ, während er vorher doch wohl in der Absicht den Saal verlassen hatte, seinerseits dazu beizutragen, die Beschlußfähigkeit herbeizuführen, beweist, daß er kein Mann der Konsequenz war. Vielleicht dürfte der Ruf der Linken: „Lude, Lude, wo ist Lude hin!“ bei späteren Gelegenheiten fröhliche Urstände feiern. So kann man ein berühmter Mann werden!

Die erste Lesung der Zuckerversteuervorlage ging vorüber, ohne daß die Redner noch große Aufmerksamkeit gefunden hätten. Graf Posadowsky trat sehr lebhaft für den Anschluß an die Weisfallstürme und gegen jede Beschleunigung in der Kommission ein. Er und Schatzsekretär v. Thieme wurden von dem Grafen Limburg-Streuem und Herrn Speck deshalb scharf angefaßt und ihnen als nachahmenswertes Beispiel Graf Wilow angeführt, der sich mit einer gründlichen Kommissionsberatung ohne weiteres abgefunden habe. Die Zuckergesetz-Kommissionen an, daß sie auch das Sachverhaltegesetz mit der Zuckerfrage verknüpfen wollen.

Die Konvention und die Zuckerversteuervorlage gingen an eine Kommission von 28 Mitgliedern, gegen die wir und die Linke stimmten. Die nächste Sitzung wurde auf den 3. Juni anberaumt. Mit einem Pfingstgruß, der ein wenig dünn klang, schied der Präsident das Haus in die Ferien.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus hielt am Dienstag nur eine kurze Sitzung ab, in der es einige kleinere Vorlagen erledigte und den Antrag Langerhans (fr. Vp.) betreffend Einführung der fakultativen Feuerbestattung beriet.

Am Mittwoch stehen Initiativanträge auf der Tagesordnung, und zwar der Antrag Fallin (C.) betr. die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Preußen und der Antrag Proemel (fr. Vg.) betr. die lebenslängliche Anstellung der Schulleute.

Im Herrenhause vollzog sich die Beratung der Spezialrats in der üblichen Weise. Der Eigenruhm zeigte sich wieder in seiner schönsten Gestalt. Kaum ein einziger der edlen Herren interessiert sich für die Allgemeinheit, fast alle brachten sie ihre eigenen Beschwerden über zu starke Steuereinsparungen und dergleichen vor, die wiederzugeben für uns kein Anlaß vorliegt.

Deutsches Reich.

Zolltarifkommission.

In der letzten Sitzung vor den Ferien genehmigte die Mehrheit der Kommission die Vorschläge der Regierungsvorlage zum Petrolsteuergesetz und hat dadurch einer weiteren Vereinfachung der Konventionen Eintrag getan.

Die wenig das Gerede auf sich hat, daß Spiritus oder Petroleum als Triebkraft für die Kleinindustrie besonders bedeutungsvoll sei, zeigt ein Bild auf die Krupp'schen Werke. Auf Krupp's Werk in Essen sind 438 Dampfmaschinen mit 86 561 Pferdekraft aufgestellt.

Die nächste Sitzung der Tarifkommission findet am 27. Mai statt.

Minister Thiele über das Eisenbahnunglück bei Jichortan.

Ueber die Ursachen der neuesten Eisenbahnkatastrophe gab Minister v. Thiele am Dienstag im Landtag folgenden Aufschluß: Der Unfall ist herbeigeführt durch den Bruch der letzten Tenderachse. Der Zug, der von München über Hof und Leipzig nach Berlin fährt, war in Leipzig, nachdem er die Maschine gewechselt hatte, in völlig betriebstüchtigem Zustande abgefahren.

Bobbelski's gewässerte Milch. Die Berliner Milchhändler fahren in ergiebiger Weise fort, des Landwirtschaftsministers Bobbelski's Milchgeheimnisse der schändlichen Deffenlichkeit preiszugeben.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Februar 1902 hat der Minister, um seine vollkommene Interesslosigkeit darzutun, geäußert:

„Ich habe mich in meiner Eigenschaft als Milchproduzent mit meiner Molkerei von Berlin lodgedacht. Ich habe die Milch, die ich früher nach Berlin geschickt habe, jetzt zu Hause. Ich habe also indirekt die Kosten des Milchkrieges getragen.“

Es ist nun nicht nur festgestellt worden, daß Herrn Bobbelski's Molkerei — infolge jenes wunderbaren Abwehrbruchs — während des Milchkriegs wiederholt gewässerte Vollmilch und geringwertige Magermilch nach Berlin geliefert hat, sondern es wird jetzt auch mitgeteilt, daß die Molkerei Karstadt von Bobbelski seit dem Neujahr 1902, dank der kaufmännischen Konjunktur des Milchkriegs zu einem um 1/2 Pf. pro Liter gesteigerten Preis nach Berlin lieferte.

Antliches Wahlergebnis in Celle. Bei der am 2. Mai in dem 14. hannoverschen Wahlkreise Celle-Wilhelm-Burgdorf-Verne stattgehabten Reichstags-Wahl wurden im ganzen 21 899 Stimmen abgegeben.

Die zweite badische Kammer — so berichtet man uns aus Karlsruhe — beschäftigt sich in der letzten Woche mit dem badischen Mittelschulwesen, wobei die Redner der freisinnigen, demo-

kratischen und sozialdemokratischen Richtung, in einigen Punkten auch nationalliberale Pädagogen, gegen die Praktiken des Oberlehrers bezw. des Unterrichtsministeriums sehr scharfe Ausführungen machten. Das Centrum versteht sich regierungskommissarisch und konnte nicht verhehlen, daß die badische Schulpolitik, welche immer mehr den liberalen Einfluß zugänglich wird, das ultramontane Gelfallen sich erweist.

Die Oppositions-Monarchie.

„Aus Neuh. a. L. wird geschrieben: Täglich mehrten sich die Enthaltungen, die seit dem Tode des 22. Heinrich wie Pilze aus der Erde wuchsen und auf gewisse politische Vorgänge der letzten Jahre ein charakteristisches Licht werfen.“

Neu dürfte auch das Folgende sein: Man nahm bisher an, Neuh. a. L. habe gegen das Sozialistengesetz gestimmt, weil es ein Gegner dieses Gesetzes war. Das ist aber nicht der Fall.

Man dem Verdacht, aus Gründen sozialer Einsicht gegen das Schandgesetz gewesen zu sein, ist also Heinrich XXII. fortan gereinigt!

Nicht ohne pikanten Beigeschmack ist ferner eine Frage, die jetzt die Gemüter lebhaft beschäftigt, nämlich die: Wer wird jetzt die Regimentskasse — bezahlen? Der verstorbene Fürst bezog keine Civilliste. Nur vor 1897 erhielt er eine solche von 86 000 Thalern, wofür jedoch dem Staate die Rückzahlung des gesamten Rummereivermögens bis auf die Erträge der Jagd, der Wälder etc. zufiel.

Ausland.

Die revolutionäre Bewegung in Rußland.

Man spricht und: Die letzte Stütze der Regierung, ihre Hoffnung und Zuversicht, die Masse der Bauern ist ins Wanken gekommen. Auch diese hat sich endlich auferkocht, um zu zeigen, daß auch sie nicht mehr länger geduldig die harte Not und Pein ertragen will.

Das Militär hat bei dem Befehl zur Wiederverjüngung der

- 1. Es darf sich in keine Auseinandersetzungen mit der Masse einlassen;
2. Es darf sich nicht in die Vorkämpfungen der Civil-behörden einmischen;
3. Es darf nicht ziellos über die Köpfe hinwegziehen;
4. Die Waffe ist so zu gebrauchen, wie es der Vorgesetzte befiehlt, dienstfertig und gewissenhaft.

5. Ein jeder soll sich merken, daß der Soldat seinen Noth und seine Waffe in Ehren halten muß.

Das Original ist am 18. April vom Generalleutnant Sarulajew unterzeichnet, die Kopien tragen die Unterschrift seines Adjutanten Moroschow. Küber diesem gingen den Truppen noch weitere Erlasse zu, wo sie bei einer etwaigen Mobilisation in dem Gouvernement zu erscheinen haben, und daß für jeden Mann 15 scharfe Patronen in Bereitschaft zu halten seien.

Die Aufregung ist in allen Schichten der Bevölkerung eine starke. Mehrere Proklamationen sind erschienen, die sämtliche Bevölkerungsklassen zum Protest gegen die Regierung auffordern. Sie behandeln auch die Ermordung Stuzjans, und in welcher Richtung, das zeigt wohl am besten folgende charakteristische Stelle aus einer von ihnen; es heißt dort: Rußland durchlebt eine künftige historische Nacht, eine Zeit des Kampfes um Leben und Tod. Es giebt keine Sphäre des Lebens, die nicht von dem Vexatium der Reaktion bedudelt worden wäre.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Aundgebung des kaiserlichen Thronfolgers. Der Erzherzog Franz Ferdinand, der als Protektor der böhmischen Akademie der Wissenschaften die vorerwähnten Ehrenmitglieder zu approbieren h, strich Leo Tolstoi von der Vorkandidatenliste.

Daß der österrichische Thronfolger vollständig mit dem kaiserlichen Einfluß steht, ist bekannt. Diese neueste Aundgebung engherzigsten Denkens übertrifft noch die letzte Aundgebung des Jaren, der die Ernennung des berühmten Nobellisten Maxim Gorki zum Mitglied der Petersburger Akademie der Wissenschaften annullierte insofern, als es sich bei Gorki um eine junge literarische Celebrität handelte, während Tolstoi Bedeutung seit Jahren feststeht.

Wolf in Wäden. Der von den Anhängern des Abg. Wolf am Sonntag in Wien eintreffende deutsche Volkstag wurde von den Anhängern Schönerer's gesprengt. Als Wolf die Tribüne betrat, erscholl der Ruf: „Zuckerkartell!“ und Wolf wurde mit Zunderwürfeln förmlich bombardiert.

Schweiz.

Neue Wahlerfolge in Bern und Basel.

Jürich, 5. Mal. (Gg. Bern.) Der gestrige Sonntag hat das in Jürich vor 8 Tagen begonnene Werk der sozialdemokratischen Erörterungen fortgesetzt. In Basel ist unser Genosse Wullschlegler mit 5261 Stimmen in den Regierungsrat gewählt worden und mit ihm noch der freisinnige Professor Burkhardt-Finsler, auf den 3949 Stimmen fielen.

Ferner erwangen unsere Genossen in Basel, allerdings ebenfalls infolge des Zusammengehens mit den Freisinnigen, zu ihrem ersten Wahlgang errungenen 6 Sigen im Großen Rat weitere 16, so daß sie nunmehr deren insgesamt 22 haben gegen 12 bisherige. Für den Genossen Wullschlegler ist noch eine Radwage zu treffen.

Ans dem Kanton Bern liegen erst Nachrichten über die Wahlergebnisse in den beiden Städten Bern und Biel vor. In Bern hatten sich die drei Parteien auf eine gemeinsame Liste geeinigt, nach der 7 Sozialdemokraten gewählt wurden. In Biel hatten die Freisinnigen von den 20 Sigen den Sozialdemokraten großmütig die 2 Sigen, welche bisher unter Partei bereits inne hatte, überlassen wollen.

In Kanton Bern wurde in der Volksabstimmung das Eisenbahnsubvention-Gesetz, das den Bau mehrerer neuer Linien mit ca. 20 Millionen Franken Staatsgeldern vorsticht, mit 4322 gegen 18 076 Stimmen angenommen. Dagegen das Erbschaftsteuer-Gesetz, das eine Erhöhung der Erbschaftsteuer bezweckt, mit 30 076 gegen 31 155 Stimmen, also mit einer kleinen Mehrheit verworfen.

Die in Auserstich unterlegenen bürgerlichen Parteien bereiten einen Staatsstreik vor, um unsere Partei um ihre Erfolge zu prellen. Sie haben an den Kantonsrat eine Eingabe um die Paffierung der Wahlen gerichtet, damit sie noch einmal ihre Wahlfähigkeit versuchen könnten. Vor drei Jahren führte die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats in der That einen solchen Staatsstreik aus, indem sie die Winterthurer Wahlen fälschte, worauf in Winterthur die verbündeten Bürgerlichen ein wahres Rebellentreiben gegen die Sozialdemokraten inszenierten und dadurch erreichte, daß in der Kantonalwahl nur zwei statt der vorherigen vier Sozialdemokraten gewählt wurden.

Frankreich.

Einschreiten der Regierung gegen Wahlbeeinträchtigungen. Waldeck-Rousseau erließ an die Präfekten ein Rundschreiben, in welchem er darauf hinweist, daß beim ersten Wahlgange in gewissen Wahlbezirken die Wahlberechtigten zur Stimmabgabe unter Leitung von Personen geführt wurden, zu denen sie in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen; es sei dies mit der freien Ausübung des Stimmrechts unvereinbar. Wenn derartige Fälle bei der Stichwahl sich wiederholen sollten, müßten sie sofort zur Kenntnis der Gerichte gebracht werden.

Belgien.

Die Neuwahlen zur Kammer finden am 25. Mai statt, und die Parteien beginnen ihre Vorbereitungen zu treffen; es tritt die Hälfte der auf 4 Jahre gewählten Abgeordneten aus. In Antwerpen ist unter den Sozialisten wegen des aufzustellenden Kandidaten ein Konflikt ausgebrochen. Der bisherige Abgeordnete ist Terwagne, und es liegt an sich gar kein Grund vor, ihn nicht wieder aufzustellen. Er ist in der That wieder aufgestellt, aber gegen den Willen der Hafenarbeiter, Schiffsbauer usw. Diese wollen den Führer des letzten Hafenarbeiterstreiks, Fabri, aufstellen. Derselbe ist als Führer des Streiks zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt, der er sich durch die Flucht nach Holland entzogen hat. Die Hafenarbeiter wünschen nun, ihn durch die Wahl zum Abgeordneten die Rückkehr nach Belgien zu ermöglichen.

Niederlande.

Eine Niederlage des Militarismus. Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, wollte der Kriegsminister Berganjos die 1895 ausgehobenen Mannschaften in diesem Sommer zu einer vierwöchigen Reserveübung einberufen. Die starke Volkswegung, die sich hiergegen geltend machte, sowie eine Interpellation des sozialdemokratischen Abgeordneten R. ter Laan in der zweiten Kammer haben nun den Kriegsminister veranlaßt, von der Einberufung der Mannschaften Abstand zu nehmen. Zuerst hatte der Minister die Gemüter dadurch zu beruhigen gesucht, daß er die Dauer der geplanten Übung auf 14 Tage herabsetzte. In der Kammer erklärten sich nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch die Mehrzahl der bürgerlichen Abgeordneten gegen die Einberufung. Die Interpellation ter Laan, durch die eine prinzipielle Entscheidung herbeigeführt werden sollte, wurde zwar nicht angenommen und die Verhandlung darüber ausgesetzt, dagegen wurde aber ein von katholischer Seite eingebrachter Antrag, die 1895 und 1896 ausgehobenen Mannschaften von den Wiederholungsübungen zu befreien, angenommen und der Minister dadurch zur Zurückziehung der betreffenden Verordnung veranlaßt.

Rußland.

Eine falsche Alarmnachricht. Man schreibt uns: Die Meldung aus Warschau, die Geheimdruckerei des jüdisch-sozialistischen Arbeiterbundes (gemeint ist der „Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland“) sei von der Polizei „aufgehoben“ worden, ist unrichtig. Es handelt sich höchstwahrscheinlich um die Druckerei der „Sozialdemokratie in Polen und Litauen“, die am 21. April von der Polizei in Warschau erobert wurde.

Seit dem 26. Juli 1898, an welchem Tage es dem berühmten Moskauer Oberprokurator Subatolo gelang, eine wunderbar kühnlich eingetragene Geheimdruckerei des „Bundes“ in Dobrujsk zu entdecken, ist keine neue Druckerei des „Bundes“ in die Hände der Jarenischen Organe gefallen. Es ist dieses umso mehr zu bewundern, da die Leistungen der geheimen Druckereien des „Bundes“ in letzter Zeit geradezu erstaunlich sind. Außer dem Zentralorgan „Die Arbeiterstimme“, zahlreichen Proklamationen und Flugblättern in jüdischem Jargon und in russischer Sprache, werden gegenwärtig acht Lokalkalender, dazu und wozu noch Beilagen dazu, in den Geheimdruckereien des Bundes in Rußland angefertigt. Zur diesjährigen Waisfeier erschien ein Mai-Kalender des Zentralkomitees des Bundes, in jüdischem Jargon — 2000 Exemplare; ein Mai-Kalender, unterzeichnet von einer Konferenz der bedeutendsten Organisationen unserer Partei — 15000 Exemplare in jüdischem Jargon und 5000 Exemplare in russischer Sprache; ein Waisflugblatt für Lodz zum Andenken an die revolutionären Kämpfer desselbst im Mai 1892 — 7200 Exemplare in jüdischem Jargon; Nr. 10 „Warschauer Arbeiter“, eine Beilage zu Nr. 27 „Arbeiterstimme“ und eine Anzahl Ortsproklamationen.

Sien.

Die Hunnen in China. Aus Peking wird gemeldet: Die Erhebung in der Umgebung von Tschingtingfu dehnt sich immer mehr aus. Der Aufstand umfaßt jetzt bereits ein Gebiet von 50 Quadratkilometern. Man glaubt, die Behörden würden eine genügende Anzahl Truppen vereinigen, um die Aufständischen, die sich in drei Gruppen bei Tominifu befinden, zu vertreiben. Drei Missionshäuser werden in diesem Distrikt von den Aufständischen belagert. Ein Priester ist verschwunden. Die Chinesen beklagen sich über das Eintreiben der Gelder für die Kriegsvorbereitung, für welche bedeutend größere Summen erhoben werden, als die Mächte verlangen. Die Missionare, welche sich im Süden der Provinz Sschili befinden, versichern, daß sich in der Gegend 10000 Rebellen aufhalten, welche sämtlich gute Waffen und sogar Kanonen besitzen. Man glaubt, daß diese Waffen über die Provinz Schantung importiert wurden. Die Bevölkerung von Kwantung und Kulu sei ebenfalls bedroht und organisiert sich unter dem Namen „Vereinigung der Gesellschaft des Weidenholzes“. Die Aufständischen drohen, sämtliche Christen zu töten. Der französische Gesandte bereitet ein Memorandum vor, welches er den übrigen Gesandten zugehen lassen wird.

Amerika.

Maffacre in Kegypten. Meldungen griechischer Blätter zufolge ist es auf der ägyptischen Insel Thasos wegen Steuerverweigerung zu einem Zusammenstoß zwischen Gen darmen und der Bevölkerung gekommen. Die Gendarmen machten von der Schußwaffe Gebrauch, wobei über 100 Männer und Frauen getötet wurden. Eine griechische Deputation hat sich nach Kairo begeben, um bei dem Äthiobe Beschwärde zu erheben.

Der Boeren-Krieg.

Die Aussichten auf einen baldigen Frieden

sind, wenn man englischen Blättern glauben darf, sehr gute. Am 15. Mai findet in Vereeniging, einer Stadt am Vaalflusse gelegen, eine Konferenz der Boerenführer statt. Dort soll endgültig über Krieg oder Frieden entschieden werden. Von dort aus geht die Boerendelegation nach Pretoria, wo die Unterhandlungen mit den Engländern stattfinden. In Vereeniging werden sämtliche Kommandos vertreten sein; man erwartet etwa 200 Mann. Zur Zeit finden in den Boerenlagern Versammlungen statt, in welchen über die Lage beraten wird. Nach dem „Standard“-Korrespondenten soll Die Wet angeblich in den Meetings die Lage als hoffnungslos schildern und das Anerkennen der Engländer als annehmbar bezeichnen. Ingesamt sollen sich 39 angeführte Boerenführer für den Frieden ausgesprochen haben.

Frau De Wet,

die mutige Frau des tapferen Generals, die schon einmal so unerschrocken den Engländern gegenübergetreten ist, hat sich wiederum über schlechte Behandlung beklagt. Sie wird in einem Konzentrationlager in der Nähe von Pietermaritzburg gehalten. Zum Aufenthalt ist ihr ein Zell in ebener Erde angewiesen; sie beschwert sich über ihren Wohnraum und über schlechte ungenügende Kost; sie ist krank geworden und verlangt, nach Pietermaritzburg gehen zu dürfen. — Der General Wet, dessen 10-jähriger Sohn, der sich mit seinem Lager befindet, krank geworden ist, hat den Lord

Ritchener ersucht, seinen Sohn durch die englischen Posten hindurch und nach Europa zu seiner Mutter reisen zu lassen. Vor einigen Monaten hatte Ritchener das Gesuch abgelehnt, diesmal soll er zugestimmt haben.

Das Fest des Varen.

In Unterhaus teilte Chamberlain mit, es seien Vorschläge gemacht worden, welche die Billigung der Regierung gefunden haben und dahin gehen, einen Teil des Gebietes von Transvaal mit Natal zu vereinigen. Das betreffende Gebiet umfaßt 7000 Quadratmeilen und hat eine Bevölkerung von 8000 Seelen, welche meist Holländer sind.

Diese Maßregel soll dazu dienen, den Einfluß des Boerenelements des ammelierten Gebietes auf die Gesetzgebung unschädlich zu machen.

Ein englischer „Sieg“.

Das Gesuch bei Steunlop, von dem Ritchener berichtet hat, wurde am 27. und 28. April geschlagen. Die Boeren hatten daselbst eine feste Stellung inne, welche sie hartnäckig verteidigten, bis sie von den Engländern genommen wurde. Auf Seiten der Engländer fielen sechs Mann; acht wurden verwundet. Der Verlust der Boeren war bedeutend. Derselben sandten zu den Vätern der Engländer und erbaten ärztliche Hilfe.

Trotzdem wurden aber seltenerweise keine Gefangenen gemacht!

Partei-Nachrichten.

Ein Doppeljubiläum.

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion gedachte in ihrer Dienstags-Sitzung, nach Erledigung ihrer sonstigen Arbeiten, eines bedeutungsvollen Jubiläums zweier ihrer Mitglieder. Genosse Auer und Genosse Wlos sind vor 25 Jahren zum erstenmal in den Reichstag gewählt worden. Sie folgten in diesem parlamentarischen Jubiläum dem Genossen Wibel und dem verstorbenen Lieblucht, die es früher gefeiert haben. Genosse Wibel — hielt er sagte: als „Dienstältester der Fraktion“ — hielt an die Jubilare eine Ansprache, in der an die Zeiten ihres Eintritts in den Reichstag erinnerte, ihnen im Namen der Fraktion die herzlichsten Glückwünsche und die Versicherung aussprach, daß es ihnen vergönnt sein möge, noch viele Jahre in voller Rüstigkeit den gemeinsamen Kampf für unsere große Sache zu kämpfen. Die Fraktion überreichte den beiden Jubilaren als äußeres Zeichen ihrer Verehrung eine Gabe der Erinnerung an diesen Tag; Genosse Wlos nahm eine goldene Taschenuhr, Genosse Auer eine Stunduhr in Empfang. Beide sprachen den Kollegen tiefgefühlten Dank aus.

Die Redaktion des „Vorwärts“ schließt sich den Wünschen der Fraktion für die beiden Jubilare aus ganzem Herzen an und die gesamte deutsche Sozialdemokratie nimmt in Verehrung und Dankbarkeit Anteil an dieser Feier.

Es sei erinnert, daß Auer und Wlos 1877 in den Reichstag gewählt wurden, als die Sozialdemokratie ihre Spaltungen überwunden hatte, und zum erstenmale geeint, große Wahlerfolge errang; die Partei gewann damals 493 000 Stimmen und 12 Mandate; von den damaligen Erwählten sind heute nur noch drei Mitglieder der Fraktion: Wibel, Auer und Wlos. Die erstmalige Wahl Auers erfolgte im 22. sächsischen Wahlkreis Reichardt-Kirchberg. Vertreter dieses Kreises war Auer jedoch nur bis 1878. Er ward dann 1880 zum erstenmale im 17. sächsischen Wahlkreis Glauchau-Neerane gewählt. 1881 ging der Kreis verloren. 1884 wurde er wiederum sozialdemokratischer Besitz, ging 1887 nochmals verloren, seit 1890 ist Auer ununterbrochen Vertreter desselben Kreises. Schulische Unterbrechungen hatte auch das parlamentarische Wirken von Wlos. Er wurde 1877 zuerst im Wahlkreis Neuh. a. L. gewählt, 1884 wurde er Erwählter des Kreises Braunschweig, den er seit 1890 ununterbrochen vertritt.

Der „gewerbmäßige Agitator“. Genosse Leber in Jena schickt uns zu der Notiz in Nr. 102 eine längere Zuschrift, worin er erklärt, daß er sich keineswegs beleidigt fühlt durch den Titel „gewerbmäßiger Agitator“; die Klage gegen den Bürgermeister solle nur als ein Mittel zur Wahrung des Versammlungsrechtes dienen.

Wir zweifeln gar nicht an den guten Absichten des Genossen Leber; aber für die Öffentlichkeit bleibt doch die Tatsache bestehen, daß ein Sozialdemokrat eine Beleidigungssklage anstrengen will oder anstrengt, weil man ihn als gewerbmäßigen Agitator bezeichnet. Und das ist in einer Partei, die so eifrig agitiert und über so viel wirksame Agitatoren verfügt, so stolz ist auf die Erfolge ihrer Agitationen, die Leistungen ihrer Agitatoren, wie die sozialdemokratische, mindestens eigenartig.

Die Waisfeier im Ausland.

Paris, 2. Mai. Die Waisfeier hat es hier zu Lande bekanntlich überhaupt nicht zu einer erheblicheren Ausdehnung bringen können — ganz besonders nicht in der Form der Arbeitsspiele. Dabei stand Paris von jeher noch hinter der Provinz zurück. Angesichts dieses Umstandes mit bescheidenem Maßstab gemessen, scheint die geistige Waisfeier wenig unter dem die Aufmerksamkeit abfordernden Einfluß des Wahlkampfes gelitten zu haben. Ja, speziell in Paris ist sie sogar etwas besser verlaufen als sonst.

Am Nachmittag fand auf Initiative der Gewerkschaften in der Arbeitsbörse eine von ein paar Tausend feiernden Arbeitern besuchte Versammlung statt, nach deren Schluß die Teilnehmer sich nach dem Père Lachaise-Friedhof begaben, zur „Bödenier-Wauer“, der Stätte der gesunkenen Kommunekämpfer. Auf demselben Friedhof fand auch eine Kundgebung statt vor der Verbrennungsstätte der Genossin Paule Mint, deren Feuerbestattung sich am 1. Mai jährt. Anmüt zu sagen, daß die Polizei sorgfältig den Zug der Manifestanten umgingelte und begleitete und ihnen den Weg zur Wauer versperrte. Nur ein Kranz durfte niedergelegt werden. Ebenso wurden die Manifestanten nicht zum Columbarium (Armenbehälter) des Friedhofes zugelassen. ... Die Republik wird wachsam „verteidigt“!

Am Abend fanden noch in Paris Waisversammlungen statt. Der sozialdemokratische Deutsche Vorklub hat wieder einen Ausflug ins Freie organisiert, der aber diesmal infolge des Regentwetters nur schwachen Zuzug fand.

In Jura (bei Paris) wurde der Mittag, wie üblich, von der guesdistischen Municipalität offiziell gefeiert. Die Stadt wurde festlich besetzt. Der Bürgermeister, Genosse Roussel, empfing am Vormittag im Gemeindegeld die Abordnungen der Gewerkschaften, denen ein Ehrenwein verabreicht wurde. Die Arbeitsspiele war ziemlich allgemein.

Aus der Provinz wird Arbeitsruhe in größerem oder geringerem Umfang gemeldet: aus Lille, Roubaix, St. Quentin, Bourmies, einem Teil des Kohlenreviers von Pas-de-Calais, aus Reims, Bessèges und Carmaux. In einigen der genannten Orte kam es auch zu Strömungen. In Roubaix wurde ein Kranz auf dem Grabe der Opfer der Arbeit niedergelegt. In Bourmies erchten 1000 Manifestanten das Andenken der 1891 gefallenen Wais-Opfer. In Bessèges wurden während des Anzuges die „Internationale“ und die „Carmagnole“ gesungen. In Carmaux feierten die Arbeiter zugleich den Wahltag Jaurès, dem die Manifestanten vor seinem Hotel eine begeisterte Ovation darbrachten und Blumensträuße überreichten.

In Marseille fand eine Abendversammlung mit 5000 Teilnehmern statt. Die bis heute vorliegenden Nachrichten sind übrigens unvollständig.

London, 2. Mai. Die englischen Arbeiter haben an der diesjährigen Waisfeier nicht teilgenommen. Im Alexandra-Palast, wo sie abgehalten wurde, waren nur zahlreiche Mitglieder der „Sozialdemokratischen Föderation“, des „kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins“, sowie viele ausländische und jüdische Arbeiter anwesend. Ebenso fanden sich einige Vertreter der „Independent Labour Party“, ein, darunter Keir Hardie und Philip Snowden, der Kandidat für Wakefield. Von den Londoner Gewerkschaften waren vertreten: die Ladungensteiler, die Elektriker, die Dockarbeiter, die Bäcker, die Zuckerteiler, die Straßenpflasterer, die Kohlenträger und die Maschinenbauer, die mit ihren Fahnen an der Prozession teilnahmen.

Am Abend fand in der Centralhalle des Alexandra-Palastes die Versammlung statt. Den Vorsitz führte Mr. Steadman, der die Versammlung mit einem kräftigen Protest gegen den Imperialismus einleitete. Jedoch ist die Regierung nicht so viel schuld an dem südafrikanischen Kriege als die Arbeiter, die apathisch dem mörderischen Treiben der herrschenden Klasse zusehen.

Mr. Gregory, der Präsident des Londoner Gewerkschafts-factells (Trades Council), begründete die von dem Waisfeierkomitee eingebrachte Resolution, welche lautet:

„Diese Massenversammlung von Arbeitern sendet brüderliche Grüße an die Genossen des Auslandes, die heute versammelt sind, und wiederholt mit ihnen den Entschluß, die Lohnlaverei und den Kapitalismus zu stürzen und durch ein internationales Zusammenwirken ein sozialistisches Gemeinwesen zu errichten. ... Die Versammlung verlangt die Abschaffung der Kinderarbeit; öffentliche Speisung der Schulkinder; den gesetzlichen Achtstundentag; bessere Bekleidung der Arbeiter; Alterspensionen; allgemeines Wahlrecht; Zahlung von Diäten an Abgeordnete und Übernahme der Wahlkosten durch den Staat.“

Der Redner meinte, die Beteiligung an dieser Waisfeier würde eine viel größere sein, wenn die Gewalt des Kapitals über die Arbeiter keine so unbeschränkte wäre.

Genosse Pete Curran, der Vertreter der Gasarbeiter, unterstützte die Resolution. „Die englischen Arbeiter“, sagte er, „stehen tief in den Vorurteilen der Bourgeoisie. Sonst hätten sie dem großen Kampf der belgischen Arbeiter für das allgemeine Wahlrecht nicht so gleichgültig zusehen können. Auch wir englischen Arbeiter haben ein solches Wahlrecht noch nicht. Aber das kümmerlichste ist, daß es uns nichts nützen würde, auch wenn wir es hätten. Was thun denn wir Trades-Unionisten mit ihrem Wahlrecht? — Unsere Arbeiter interessieren sich für den südafrikanischen Krieg, als ob wir zu Hause keinen bitteren Kampf hätten! Es ist der Klassenkampf, den das Kapital gegen uns führt und den unsere Arbeiter nicht verstehen wollen. Krieg nach außen, Kampf nach innen, aber immer arbeitendes Volk steht diesem mit stumpfer Nahe zu.“ (Lang anhaltender Beifall.)

Miss Bondfield, die Sekretärin der Ladungensteiler, hielt eine treffliche Rede für Frauenrecht und für das Zusammengehen von Gewerkschaftlern und Sozialisten.

Genosse Hyndman, der mit hürmlichem Beifall empfangen wurde, wies hauptsächlich auf die internationale Verstrickung der Verleumdung und die rapide Konzentration der Produktionsmittel hin und erklärte, er sei hoffnungsvoller denn je. Die Trades-Unionisten, deren Waffen sich der Wirtschaftsentwicklung gegenüber als stumpf erweisen müssen, werden früher oder später in die Reihen der internationalen Sozialdemokratie eintreten.

Genosse Philip Snowden sprach mit großer Kraft und Begeisterung gegen den Imperialismus und erklärte im Sozialismus das einzige wirkungsvolle Gegenmittel gegen den Völkermord.

Nachdem noch Mr. Duncan von der „Demokratischen Liga“ gesprochen hatte, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Das Fest dauerte bis 3 Uhr morgens.

Aus Industrie und Handel.

Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Warenausfuhr der Vereinigten Staaten hat in den ersten 9 Monaten des Rechnungsjahres 1901/02, also vom 1. Juli 1901 bis Ende März 1902, im Vergleich zum Vorjahr recht beträchtlich abgenommen, während andererseits die Warenausfuhr beinahe um 79 Millionen Dollar gestiegen ist. Nach den Wertzahlen zusammengefaßt, ergibt sich folgendes Bild:

	1900/01	1901/02
Warenausfuhr	1000 01	1001 02
Einfuhr, zollfrei	299 782 628	288 029 106
„ zollpflichtig	359 844 046	380 332 026
in ganzen	599 626 674	678 361 132
Ausfuhr inländischer Waren	1 120 488 682	1 062 035 684
ausländischer Waren	19 184 905	18 542 579
in ganzen	1 139 688 627	1 080 598 263
Ausfuhrüberschuß	540 241 953	402 297 131

Die Zunahme der Einfuhr erklärt sich zum wesentlichen Teil daraus, daß seit Beginn des laufenden Rechnungsjahres weit mehr Rohstoffe für industrielle Zwecke und Halbfabrikate in das Gebiet der Union eingeführt worden sind, als im gleichen Zeitraum des Rechnungsjahres 1900/1901: ein Zeichen der intensiven industriellen Tätigkeit. Dagegen ist der Export von Getreide und Wehl (teilweise infolge der ungünstigen Waisereite), von Rohbaumwolle, sowie von Eisen- und Stahlwaren stark zurückgegangen. Nach einer Zusammenfassung der „Iron and Coal Trades Review“ betrug z. B. in den acht Monaten vom Juli 1901 bis Ende Februar 1902 die Ausfuhr der Vereinigten Staaten an Kohleisen, Abfallstein, Eisen und Stahl in Waren, Drahtseilen, Zugseilen, Zinnen, Blechen, Baueisen, Draht und Nägeln aller Art nur 353 157 Tons, während sich die Ausfuhr in denselben acht Monaten des Rechnungsjahres 1900/01 auf nicht weniger als 861 583 Tons stellte.

Getreide-Schwänze. Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß von einer neuen Getreide-Schwänze an der Berliner Getreidebörse zu berichten. Nach ihrer Mitteilung haben zwei russische Firmen, keine Moskauer und eine Petersburger, hier insgesamt nach und nach etwa 50 000 Tonnen Getreide, und zwar in erster Linie Hafer, für Mai-Lieferung aufgelauft, die sie nun, da die Erledigung der Mai-Verpflichtungen an der Produktendörse begangen hat, „einsperren“, um den Haferpreis, der seit Januar bereits um etwa 20 R. gestiegen sei, weiter in die Höhe zu treiben. Als Helfershelfer bedienten sie sich dazu zweier hiesiger Firmen, einer Firma, die sonst nur an der Rohndörse spekuliert, und einer Getreidehandlung, deren einer Inhaber kürzlich in die Berliner Handelskammer gewählt sei.

Das „Berliner Tageblatt“, das sich schon bei früheren Angriffen der „Deutschen Tageszeitung“ auf die Berliner Produktendörse besonders eifrig deren Verteidigung hat angelegen sein lassen, antwortet darauf mit einer entrüsteten Notiz, in der es heißt: „Die amtlichen Notierungen der Berliner Börse ergeben, daß die Haferpreise für Mai-Lieferung im Januar d. J. fast täglich mit 155 1/2 R. festgesetzt wurden; gegen Ende des Monats stiegen sie etwas höher. An der heutigen Börse wurde als Preis 163 1/2 R. notiert. Die Preissteigerung seit Januar beläuft sich jetzt also auf 7 1/2 R. Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet dagegen, der Preis sei bereits um „etwa“ 20 R. getrieben worden, — sie bedient sich also positiver Unrichtigkeiten.“ Ferner wird hervorgehoben, daß es infolge der ungünstigen amerikanischen Wais- und Haferernte, des russischen Ernte-Ausfalls, sowie des starken englischen Bedarfs für Südafrika nur natürlich sei, wenn der Preis steige, und zudem wäre der Preis des Berliner Marktes immerhin gegenwärtig der niedrigste des Weltmarktes.

Das ist größtenteils richtig; die Steigerung des Haferpreises seit Januar erreicht nicht entfernt die Höhe, welche die „Tageszeitung“ angibt; aber daraus folgt nur, daß das bündlerische Blatt, wie schon so oft bei solchen Gelegenheiten stark übertrieben, nicht aber, daß seine Darstellung jeder Begründung entbehrt. Thatsache ist, daß hauptsächlich von russischer Seite auffallend starke Käufe erfolgt sind. Selbst wenn, wie das „Berliner Tageblatt“ angibt, von den

angekauften Mengen ein Teil nach England, ein anderer Teil nach Hamburg und Sachsen dirigiert worden ist, bleibt der Verdacht eines unautonomen Handelsbestehens bestehen; denn es fragt sich, wie sich die Größe der Abfertigung zum gesamten Verkauf verhält. Es wäre angebracht, wenn sich der Vorstand der Getreidebehörde mit der Sache beschäftigen und eventuell, wie im Oktober vorigen Jahres, ein- greifen wollte.

Ueber die Motive, welche die „Deutsche Tageszeitung“ bei ihrem Angriff leiten, braucht man sich deshalb nicht zu ängstigen. Sie treibt nicht die Verwirrung, daß der Haferpreis zu hoch steigen könnte, sondern die Verwirrung, daß von denen, die Hafer zu liefern haben, außerordentlich Mengen nach Berlin zur Abfertigung herangebracht und dadurch in nächster Zeit die Haferpreise wieder geworfen werden.

Nachlässe des Leipziger Bankrats. Der Prozeß gegen die Direktoren und Kassieranten der Leipziger Bank wird, wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, Mitte Juni vor dem dortigen Schwurgericht verhandelt werden. Die Anklage lautet gegen Eger und Gehrig auf betrügerischen Bankrott, Betrug und Untreue, gegen die Mitglieder des Aufsichtsrats auf Vergehen gegen den § 214 des Handels-Gesetzbuchs, gegen Dodel, den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, außerdem auf Untreue.

Sociales.

Der „Schuppseimig“.

Ein alter, aber schlechter Brauch besteht im Münchener Gewerbe. Die Kaufleute und Winterpolierer wissen sich einen recht erheblichen Nebenverdienst dadurch zu verschaffen, daß sie unter der Woche den ihnen unterstellten Bau-Arbeitern Vorschüsse geben, die vom nächsten Wochenlohn abgezogen werden. Dafür müssen die Arbeiter ihnen den sogenannten „Schuppseimig“, d. h. einen Zins von 1-2 Pfennig pro Mark und Woche, bezahlen! Dieses saubere Geschäft ist für die Herren Polierer unsweniger mit einem Risiko verbunden, als sie ja Darlehen und Zins jede Woche vom Lohn abzuziehen können. Das nötige „Kapital“ leihen sie sich in der Regel von dem Gastwirt, aus dessen Wirtschaft sie dafür — gewöhnlich auch noch gegen weitere Barvergütungen und sonstige materielle Vorteile — das Frühstück- und Besperbier für die Arbeiter holen lassen. Oft werden letztere außerdem noch direkt gezwungen, auch mittags und abends in diesen Lokalen zu verkehren. Auf den weitaus meisten Bauten kann sich ein Arbeiter gar nicht halten, wenn er nicht das „Schuppseimig“ vom Herrn Polierer gegen diese Vorkosten nimmt. Unser Münchener Parteiorgan hatte nun an der Hand eines bestimmten Falles diesen Mißbrauch scharf gegeißelt. Der betreffende Koller stellte gegen den verantwortlichen Redacteur Verleumdungssklagen, die mit der Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 20 M. endigte, trotzdem die behaupteten Thatsachen vollständig durch die merkwürdigen Aufnahmen bestätigt wurden. Das Gericht war aber der merkwürdigen Anschauung, daß von einer Ausbeutung der Kollage der Arbeiter durch Abzug des sogenannten „Schuppseimigs“ nicht geredet werden könne. Gegen dieses Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt.

Das Einigungs- und Schiedsgerichts-Gesetz von Neu-Seeland hat durch eine Novelle einige wesentliche Änderungen erfahren. Das Gesetz, das früher nur für die Industrie-Arbeiter galt, umfaßt jetzt alle Personen, die in Industrie, Handel, Ackerbau oder sonstwie in körperlicher oder geistiger Arbeit beschäftigt sind. Nach der alten wie nach der neuen Fassung können Gewerkschaften und Unternehmer-Verbände, welche nicht eingetragen (registriert) sind, zu den Richtern an den Schiedsgerichten nicht wählen, jedoch können jetzt solche nicht eingetragene Berufsvereinigungen Verträge abschließen. Dieselben sind auch den Urteilen der Schiedsgerichte unterworfen, während sie bisher sich diesen nicht zu fügen brauchten. Diese letztere Bestimmung wurde, wie der Arbeitsminister im Parlament erklärte, deswegen eingefügt, um die Verbände abzuhalten, sich dem Gesetze zu entziehen. Schließlich wird den Fabrikinspektoren durch die Novelle Vollmacht erteilt, für die Durchführung der Schiedsprüche zu sorgen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Sachverständige! Wegen Differenzen bei der Firma Weglow in Pankow werden die Kollegen dringend ersucht, die Firma bis auf weiteres zu meiden. Die Vertrauensperson.

Die Differenzen, welche in Spandau zwischen der Firma Perrin Ratsch und dem Holzarbeiter-Verband wegen der Lohnaufschlagungen bestanden, sind beigelegt. Sämtliche Gemahregelungen haben ihre Arbeit bei dieser Firma wieder aufgenommen.

Dagegen bestehen die Differenzen bei der Firma Max Kirstein, Spandau, Wöhmannstr. 9, weiter fort, da sich die vom Verbande angeknüpften Verhandlungen zerfallen haben. Bis jetzt hat sich ein einziger Arbeitswilliger gefunden. Die Werkstätte von Kirstein bleibt bis auf weiteres für Tischler, Drechsler, Bildhauer und Polierer gesperrt.

Centralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin. Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat April 1902:

ungelernte Arbeiter	Maler	Schlosser	Klempner	Lagerweiser	andere	Gesamt
2862	1426	890	115	385	348	5510
1846	1655	147	143	262	261	4917
1680	1180	122	111	199	200	3492

Weitere Masseneinstellungen in den Spandauer Staatsbetrieben. Am Sonnabend wurden aus dem Feuerwerks-Laboratorium zu Spandau weitere 80 Mann entlassen. Einzelne Vorkostende sind bereits außerordentlich gelichtet, so besonders der des Meisters Wilmann, wo kaum noch der vierte Teil der sonst beschäftigten Arbeiter beschäftigt ist. Und nirgends ausreißende Arbeitslosigkeit! Dem Spandauer Stadtschulrat dürfte das ungenügend soziale Vorgehen der Heeresverwaltung erhebliche Opfer bereiten! — In der Gewehrfabrik hat man den verschämten Anfang mit der Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf acht Stunden gemacht, um weitere Entlassungen zu vermeiden! Zwar betrifft dies nur eine bestimmte, der Zahl nach geringe Kategorie von Arbeitern, welche die Direktion wohl nicht gern vernichten möchte, aber es ist doch ein geringer Beweis von der dümmenden Erkenntnis, wie es gemacht werden muß, um viele hundert Arbeiterfamilien vor dem durch Arbeitslosigkeit verursachten Hunger und Elend einzumachen zu bewahren! Wie es heißt, steht in der Pulverfabrik und im Feuerwerkslaboratorium eine weitere Masseneinstellung bevor. Diesmal soll auf Arbeiter mit einer Dienstzeit bis zu 15 Jahren zurückgegriffen werden!

Deutsches Reich.

Der Kampf im Rieker Baugewerbe wird unverändert fortgeführt. In den letzten Tagen sind wieder eine Anzahl Streikbrecher aus Italien und Schlesien eingeführt worden, andererseits haben aber auch viele der fremden Arbeitswilligen, namentlich Zimmerer, die Stadt wieder verlassen. Die Behauptung bürgerlicher Blätter, daß genügend Arbeitswillige vorhanden und der Kampf deshalb als beendet anzusehen sei, ist wie aus viel telegraphiert wird, unwahr. Die ausgesperrten Maurer und Zimmerer ersuchen deshalb den Zugang nach wie vor fernzuhalten, und bitten, dies durch die Arbeiterpresse bekannt zu geben.

Achtung, Kartonnagenarbeiter, Buchbinder, Galanteriearbeiter! Die Firma Anshö u. Co. in Göhring, S.-M., Mechanische Stickerei und Galanteriefabrik, hat ihren Galanteriearbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zum

Deutschen Buchbinder-Verbande gekündigt. Die Kündigungszeit läuft am 17. d. Mis. ab. Die auswärtigen Kollegen dieser Branche werden hiermit auf das Vorgehen der betreffenden Firma aufmerksam gemacht.

Deutscher Buchbinder-Verband, Geschäftsstelle Göhring.

In der Emailierfabrik von Reinhardt in Peitz sind den Lohnreduktionen von 10 Proz. statt bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit von zehn auf elf Stunden. Die Arbeiter weisen beides zurück und wollen eventuell durch Arbeitsniederlegung ihr altes Verhältnis behaupten. Vor Zugang wird gewarnt.

Der Vertrauensmann.

Textilarbeiter. Bei der Firma Müller u. Lehmann in Spremberg reichen Sonnabend, den 3. Mai, sämtliche Weber und Weberinnen die Kündigung ein, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Den Meistern und Nebenarbeitern hat die Firma selbst gekündigt. Zugang von Textilarbeitern nach Spremberg ist streng fernzuhalten.

In der Ottoschen Möbelfabrik in Nürnberg legten am Montag sämtliche 75 Arbeiter die Arbeit nieder, weil ihre Forderung, Verlängerung der Arbeitszeit und 20prozentige Lohnerhöhung abgelehnt wurde. In der früheren Filiale der genannten Fabrik bestand bereits der Streik.

Wegen Verleumdung eines Arbeitswilligen verurteilte die Strafkammer in Köln den Redacteur der „Deutschen Wochenszeitung“, Holmann in Bremen, zu einem Monat Gefängnis und den Verfasser der betreffenden Notiz zu 150 M. Geldstrafe. — In der That, ein weitgehender Schand für den Staat so nützlichen Elemente.

Ausland.

Kupferschmiedestreit in Triest. Die Kupferschmiede des Stabilimento Tecnico und des Hoch-Arsenals stehen seit dem 22. April im Streit. Die Hauptforderungen sind: 30prozentige Lohnerhöhung für die Arbeiter, die jetzt einen Lohn unter 4 Kronen haben, 20prozentige Lohnerhöhung für diejenigen, die jetzt über 4 Kronen beziehen. Festlegung eines Minimallohnes der Kupferschmiede von 4 Kronen, 20prozentige Lohnerhöhung für Lehrlinge und Hilfsarbeiter, Festlegung eines Minimallohnes der Hilfsarbeiter von 2,80 Kronen. Zugang ist streng fernzuhalten, damit den Streikenden der Sieg gewiss ist. Unterstützungen sind an die Ortsgruppe Triest des Verbandes der Kupferschmiede Österreichs, via Boschetto 3 zu richten. Um Abdruck in Parteiblättern wird gebeten.

In Rouen (Frankreich) sind seit einem Monat 2000 Metallarbeiter ausständig. Die Unterzeichner, die durch das Gesetz Millerand-Gollard gezwungen waren, vom 1. April ab die Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden zu reduzieren, wollten einen entsprechenden Lohnabzug durchsetzen. Darüber kam es zum Streit.

Die Führer des spanischen Eisenbahner-Verbandes haben mit dem Ministerium wegen ihrer Forderungen unterhandelt. Sie haben sich damit einverstanden erklärt, daß ihre Forderungen bis nach den in Aussicht stehenden Hofflichkeiten zurückgestellt werden.

Der Gesamtverband der Gewerkschaften Dänemarks hielt dieser Tage seine Generalversammlung ab, zu der gegen 300 Repräsentanten erschienen waren. Da der Vorsitzende J. Jensen zur Zeit krank ist, erstattete der Sekretär Holstingmann Martin Olsen den Jahresbericht. Das vergangene Jahr wird charakterisiert durch die vielen Versuche der Unternehmer, die Arbeitslöhne herabzusetzen, die jetzt in dem Angriff der Arbeiter auf die Löhne der Heizer und auf das Koalitionsrecht der Seeleute und Hafenarbeiter wohl ihren Höhepunkt erreichten. Größtenteils wurden jene Versuche erfolgreich zurückgewiesen. Es haben sich im Laufe des Jahres mehrere neue Organisationen dem Gesamtverbande angeschlossen. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt rund 70000. — Außer dem Beschluß der Hafenarbeiter-Auspeerrung beschloß die Generalversammlung, mit Bezugnahme auf die diesbezügliche Resolution des skandinavischen Arbeiterkongresses, die kooperativen Unternehmungen der Arbeiterpartei nach besten Kräften zu unterstützen. Ferner wurde eine Resolution angenommen, worin das Verhalten über die Stellung, die die Mehrheit des Folketing gegenüber dem Antrag auf Staatshilfe für die Arbeitslosenunterstützungen-Kassen der Gewerkschaften eingenommen hat, zum Ausdruck gebracht wird und die Mitglieder der Gewerkschaften aufgefordert werden, geltend ihren Einfluß als Wähler zu Gunsten des Gesetzesentwurfs geltend zu machen. — Als Vorsitzender des Gesamtverbandes der Gewerkschaften wurde J. Jensen, als Sekretär E. M. Olsen einstimmig wiedergewählt.

Versammlungen.

Die centralorganisierten Maurer hatten am Montag eine außerordentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus, die sich mit der Mai-Auspeerrung befaßte. Wie kritisch berichtet, haben vom Centralverband 5401 Maurer an der Meisler teilgenommen. Die Zahl der Gemahregelten einschließlich der Arbeitslosen betrug 1184; wovon am Montag nur noch 668 außer Arbeit waren. Daraus geht hervor, daß nur sehr wenige Firmen dem Beschluß der Unternehmern-Organisation bezüglich der achtstägigen Auspeerrung nachgegeben sind. Einige Firmen haben nur auf den Bauten ausgesperrt, wo die Arbeit nicht drängte. Auf mehreren Bauten der Firma Held und Franke an der Schönhauser Allee wurden die Maurer ausgesperrt, die Köpfer, Fuher, und Sincocatus nicht. Letztere erklärten sich mit den Maurern solidarisch und legten die Arbeit nieder. Nachdem mit der Firma verhandelt wurde, ist die Arbeit am Montag wieder aufgenommen worden. — Die Versammlung schloß nach längerer Diskussion folgende Beschlüsse:

Für die gemahregelten Kollegen wird die Unterstützung am Mittwoch abends von 8-10 Uhr in den Bezirkslokalen ausgezahlt. Die arbeitslosen Kollegen erhalten für die Zeit vom 2.-7. Mai ebenfalls Unterstützung. Für die Arbeitslosen wird, soweit sie Stempel in der Kontrollkarte haben, die Unterstützung ebenfalls in den Bezirkslokalen ausgezahlt. Arbeitslose Kollegen, welche keine Stempel in der Kontrollkarte haben, sich jedoch im Laufe der vorigen Woche im Bureau oder in den eingerichteten Stempelstellen die Arbeitslosigkeit im Verbandsbuch abstemplen lassen, erhalten die Unterstützung am Freitag im Bureau angeblich. Unterstützungsberechtigt sind die Kollegen, welche im Berliner Vertragsgebiet gearbeitet und die Einheitsmarke von 50 Pf. gestellt haben. Die Bezirksbureaus werden am Mittwoch, den 7. Mai, abends nach Auszahlung der Gemahregeltenunterstützung aufgehoben. Kollegen, welche nach dem 8. Mai noch gemahregelt bleiben, haben sich täglich einmal im Bureau zu melden. — Auf Antrag der Revisoren wurden dem Hauptkassierer 100 M. den Vertrauensmannern 1/30 Proz. ihrer Einnahmen als Dankgeld für das vorige Jahr bewilligt.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am 4. Mai in Coburg Festlichkeiten einer außerordentlichen Versammlung ab. Der Vorsitzende Juppelach gab den Situationsbericht über die Mai-Auspeerrungen. Von der Auspeerrung betroffen sind 182 Mitglieder mit 210 Kindern. Arbeitslos und infolge der Auspeerrung mit betroffen sind 71 Mann mit 88 Kindern.

Nachdem der Redner die Anwesenden ermahnt hatte, sich auch in Zukunft nicht von der Felle des Helfertages abbringen zu lassen, wurde beschlossen, die ausgesperrten und Arbeitslosen zu unterstützen. Zur Auszahlung gelangen pro Tag 250 M. und für jedes Kind 1 M. pro Woche. Den zur Zeit arbeitslosen Mitgliedern, die durch den Beschluß des Arbeitgeberverbandes nicht unter der Auspeerrung zu leiden haben, wird dieselbe Unterstützung bis zum 7. Mai gezahlt. Die ausgesperrten haben sich täglich während der Zeit vom Donnerstag 9-12, nachmittags 3-6 Uhr in einer der folgenden Stellen zur Abstempelung zu melden: Bureau Dragonerstr. 15, Brunnenwaldstr. 110 bei Krüger, Charlottenburg; Wisnarsstr. 34 bei Bernice, Pankow; Wolant- und Goerckstrassen-Ecke bei Clemens.

Die Auszahlung der Unterstützung beginnt am Mittwoch, den 7. Mai, von morgens 9 Uhr ab im Bureau Dragonerstr. 15. Schlußtermin der Auszahlung ist Sonnabend, den 10. Mai, abends 7 Uhr.

Wer von den Ausgesperrten drei Tage in einer der beiden in Betracht kommenden Wochen gearbeitet hat, hat für diese Zeit nach dem Beschluß der Generalversammlung vom Juli 1900 eine Vertrauensmarke zu entnehmen. Wer weniger gearbeitet hat oder arbeitslos war, erhält frei abgestempelt.

Wer keine Vertrauensmarke aufweisen kann, erhält keine Unterstützung. — Unter „Verschiedenes“ wurde folgender Antrag des Vorstandes einstimmig angenommen:

Im Laufe des dritten Quartals sind sämtliche Mitgliedsbücher von den Bezirkskassierern einzuziehen und zur Kontrolle vorzulegen. Es steht den Mitgliedern auch frei, ihr Buch selbst zur Abstempelung dem Bureau einzureichen oder von den Platzdelegierten vorlegen zu lassen.

Das Gewerkschafts-Komitee für Berlin und Umgegend hielt am 5. Mai eine Versammlung der Delegierten und Organisationsvorstände ab. Zunächst nahm man die Berichte über den Verlauf der Meisler entgegen. Im allgemeinen ist man mit dem Verlauf recht zufrieden. Die Zahl der Nachregelungen ist gegen das Vorjahr zurückgegangen, im Gegenzug in den Drohungen der Arbeitgeber-Verbände. — Genosse Wiese (Metallarbeiter) referierte dann über das Prämiensystem und seine Wirkungen. Er legte im einzelnen dar, daß dieses, auf die größtmögliche Anspannung der Arbeitskraft abzielende System noch sicherer zur Vernichtung der Gesundheit der Arbeiter und zum Lohnraub führen müsse, als die Accordarbeit. Im Anschluß hieran berichtete Wiese über den Verlauf und Ausgang des Streiks bei Altman. Der Streik ist als aussichtslos für beendet erklärt worden. Bei der Einführung der Prämiensystem hat die Firma jedoch noch nicht begonnen, vermutlich weil ihre jetzigen Arbeiter unmöglich dabei zurecht gekommen wären. Die Metallarbeiter-Gewerkschaft ist ihren Verpflichtungen gegen ihre beim Streik beteiligten Mitglieder in der ersten Zeit selbstständig nachgekommen, hat dann aber die Hilfe des Kartells in Anspruch genommen. Der Ausschuss hat ihr in zwei Raten 500 M. zur Verfügung gestellt. Redner beantragte, den Streik zu sanctionieren und die 500 M. nicht als Darlehen anzusehen, sondern als Unterstützung der Metallarbeiter-Gewerkschaft zu belassen. Dieser Antrag wurde auch von anderer Seite unterstützt. — Vor der Abstimmung erhielt Genosse Härtler (Tischler) das Wort zu einem Situationsbericht, betreffend den Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Tischler und die bekanteten Entlassungsscheine. In der nun folgenden Debatte sprachen mehrere Delegierte den Tischlern ihre Sympathie aus und erkannten an, daß sie sich nicht die berechtigten Entlassungsscheine und den Arbeitsnachweis aufzwingen lassen könnten. Da ein Antrag nicht vorlag, wurden Beschlüsse in Sachen der Tischler nicht gefaßt. — Die Debatte über den Antrag der Metallarbeiter führte zur Erörterung der Frage, ob nicht die Metallarbeiter-Gewerkschaft zu niedriger Beiträge erhebe. Namentlich Reuter bestrafte eine Erhöhung ihrer Beiträge als dringend notwendig. Schließlich wurde der Antrag angenommen, die 500 M. den Metallarbeitern als gewährte Unterstützung zu belassen und das Geld aus den Mitteln der angeschlossenen Gewerkschaften aufzubringen. — Die Kürschner haben, wie mitgeteilt wurde, Lohn-erhöhungen im Wege gütlicher Vereinbarung erzielt.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Geschäftsstelle Berlin III.). In der Mitgliederversammlung am 4. Mai legte Genosse Cohen in seinem Vortrage die Vorteile der Arbeitslosen-Unterstützung für die gewerkschaftliche Organisation dar. Dann wurde die Abrechnung gegeben. Dieselbe weist eine Einnahme von 1480,25 M., eine Ausgabe von 1626,63 M. auf, so daß ein Defizit von 146,38 M. vorhanden ist. Hieran knüpft sich eine längere Debatte; dann wurde beschlossen, die Beiträge von jetzt an im Versammlungskolleg, WdStr. 68, eine Stunde vor jeder Versammlung zu kassieren.

Die Bauarbeiter Berlins und Umgegend (centraler Richtung) hielten am 2. Mai eine lebhafte Versammlung ab. Ueber die Auspeerrung wegen der Meisler berichtete Wiltcher, daß bis jetzt 27 Bauten mit 154 Ausgesperrten zu verzeichnen sind, es wird sich die Zahl aber noch vergrößern; jedoch ist dies nur ein Bruchteil von denjenigen, welche in der That den 1. Mai gefeiert haben trotz der Androhung der Unternehmer. Lohnmarken sind entnommen worden für folgende Kollegen 1783, für Arbeitslose 107. Nach kurzer Diskussion beschloß die Versammlung, in den Monaten Juni, Juli und August eine Extrasteuer von 50 Pf. pro Monat und pro Mitglied zu erheben, so daß dadurch die Kosten für die Mai-Auspeerrung gedeckt werden.

Ferner wurde beschlossen, außer den Ausgesperrten auch die Arbeitslosen in der Zeit vom 2. bis 8. Mai zu unterstützen. Denjenigen Kollegen, welche glaubhaft nachweisen, daß sie den 1. Mai gefeiert haben, soll die Lohnmarke nachträglich im Bureau gegen Quittung verabfolgt werden.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt am Mittwoch, den 7. Mai.

Centralverband der Konditoren und verwandten Berufsgruppen. Mittwoch, den 7. Mai 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosenhaldenstr. 57: Mitglieder-Versammlung. Bitte willkommen.

Centralverband der Handlungsgeschäfts- und Gehilfen-Deutschlands. (Bezirk Berlin.) Mittwochabend 9 Uhr in den „Arminshöfen“, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Kollegen Buchwald über: „Trübs und Kartells“. Verhandlungsgegenstand.

Eine öffentliche Versammlung der Bureau-Angestellten findet am 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminshöfen“, Kommandantenstr. 20, statt. Fraulein Jenny Zimle spricht über die wirtschaftliche Lage und deren Wirkungen auf die Berufsverhältnisse der Bureau-Angestellten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 6. Mai. (W. T. B.) Ein aus Moudron in Belgien kommender Eisenbahnzug, in welchem sich Wiger befanden, die sich nach Lourdes begeben wollten, ist aus bisher noch nicht festgestellter Ursache zwischen Amiens und Compiègne bei Mogenwille auf offener Strecke entgleist. Es sollen mehrere Personen getötet oder verwundet sein. Ingenieure und eine Anzahl Ärzte haben sich an die Unfallstätte begeben.

Compiègne, 6. Mai. (W. T. B.) Bei dem Eisenbahnunfall bei Mogenwille sind neun Personen getötet und elf verletzt worden.

Lissabon, 6. Mai. (W. T. B.) Das „Diario de noticias“ meldet an, daß das Ministerium sofort nach der Bewilligung der Schuldkonvention durch die Parlamentskammer die Demission überreichen werde. Hingegen würde dann das Präsidium und das Außenamt, Teixeira de Salla Finanzen, Vieira Justiz, Roca da Marine und Pissalla öffentliche Arbeiten übernehmen.

London, 6. Mai. (W. T. B.) Eine fürchterliche Feuersbrunst zerstörte heute früh einen großen Teil der Docks auf der östlichen Seite. Zahlreiche Dampfschiffe befanden sich an der Arbeit. Nach äußerst anstrengender Arbeit gelang es der Feuerwehr gegen Mittag, das Feuer Herr zu werden. Der Materialschaden soll sich auf mehrere Millionen belaufen.

Warschau, 6. Mai. (W. T. B.) Der russische Generalkonsul in Berlin ersuchte den Gouverneur von Kalisch, der Bevölkerung bekannt zu geben, es könnten nur solche Geldarbeiter nach Preußen gehen, die schon vorher schriftliche Kontrakte abgeschlossen hätten, da andernfalls Zeit und Geld verloren seien.

New York, 6. Mai. (W. T. B.) Ein Telegramm aus St. Thomas meldet, der Ausbruch des Vulkan Montpelee auf Martinique dauert an; die Lava zerstörte die umgefaßte zwei Meilen von Saint Pierre liegenden Fabriken. Es heißt, daß etwa 150 Personen das Leben eingebüßt haben. In Saint Pierre herrscht große Panik.

San Domingo, 5. Mai. (W. T. B.) Der Präsident wurde durch einen Aufruhr gefährdet. In der Hauptstadt ist die Ruhe bereits wieder hergestellt.

Reichstag.

183. Sitzung vom Dienstag, den 6. Mai 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Herr v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Novelle zum Gesetz betreffend die kaiserlichen Schutztruppen in den afrikanischen Schutzgebieten und die Wehrpflicht daselbst.

Der Gegenstand lautet: Durch kaiserliche Verordnung wird bestimmt, in welchen Schutzgebieten und unter welchen Voraussetzungen wehrpflichtige Reichsangehörige, die außerhalb Europas ihren Wohnsitz haben, ihrer aktiven Dienstpflicht in den Schutztruppen Genüge leisten dürfen.

Abg. Dr. Haase (natl.) beantragt, die Worte „die außerhalb Europas ihren Wohnsitz haben“ zu streichen, also den Gegenstand für alle Wehrpflichtigen gelten zu lassen.

Nachdem ein Regierungskommissar erklärt hat, daß die Militärverwaltung gegen die Aenderung keine grundsätzlichen Bedenken habe, wird der Antrag und der so veränderte Entwurf angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung der Brüsseler Konvention und der Aenderung des Zuckersteuer-Gesetzes.

Abg. Lude (W. d. L.) [zur Geschäftsordnung]: Der Abg. Webel hat gestern die Wichtigkeit der Beratung der Petitionen besonders hervorgehoben. Meine Freunde und ich sind der Meinung, daß dem auch Folge gegeben werden muß, und ich beantrage daher die Aenderung des zweiten Gegenstandes von der Tagesordnung.

Abg. v. Kardorff (Sp.): Nachdem wir uns im Seniorenkongress einigermassen verständigt haben, insbesondere darüber, daß die Branntweinsteuer-Vorlage am 3. Juni auf die Tagesordnung gesetzt werden soll, und daß von einer unläuteren Obstruktion bei diesem Gesetz von allen Parteien Abstand genommen wird (Lachen links), möchte ich Herrn Lude bitten, seinen Antrag zurückzuziehen.

Abg. Lude: Wenn es richtig ist, daß auf der Linken keine Art von Obstruktion bei der Branntweinsteuer gemacht wird, bin ich bereit, meinen Antrag zurückzuziehen. (Große Lärme und Lachen links.)

Abg. Webel (Soz.): Ich weiß nicht, wie die Herren zu einer solchen Herausforderung kommen. Auf unserer Seite ist bis jetzt von einer solchen Obstruktion nicht die Rede gewesen. Wir haben uns stets streng innerhalb der Regeln der Geschäftsordnung gehalten. Das werden wir auch künftig thun. Damit ist keineswegs gesagt, was wir beim Branntweinsteuer-Gesetz thun oder nicht thun wollen. Ich habe im Seniorenkongress namens meiner Fraktion erklärt, daß wir vollständig damit einverstanden sind, daß am 3. Juni die Branntweinsteuer-Vorlage und nach dieser die Zuckervorlage beraten wird. Wenn nun der Abg. Lude in seiner ersten Rede betonte, ich hätte gestern den Wunsch ausgesprochen, daß die Petitionen vor allen Gegenständen auf die Tagesordnung kämen, so ist es ja sehr lieblich-würdig, wenn er uns so entgegenkommen will; wir sind das nicht gewohnt von jener Seite. (Sehr richtig! und Heiterkeit links.) Aber ich habe es gestern als selbstverständlich erachtet und möchte das, daß zunächst die Zuckervorlage erledigt werde, weil wir uns bereits in der Beratung dieser Vorlage befanden.

Abg. Barth (fr. Sp.): Herr Lude hat eine Erklärung von uns gewünscht, daß wir nicht „unlautere Obstruktion“ machen würden. Würde irgend eine Partei eine Erklärung in dem Sinne abgeben, so würde sie ja damit zugeben, daß sie niemals in der Vergangenheit unlaute Obstruktion gemacht oder geplant hat. Das müssen wir von unserer Seite durchaus abstreiten. (Lachen rechts.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Unlautere Obstruktion nenne ich es, wenn das Haus vollständig beschlußfähig ist und durch willkürliches Hinausgehen einer großen Anzahl Mitglieder das Haus beschlußunfähig wird. (Sehr richtig! rechts. Lachen.) Wie gestern! Wenn Sie auf diese Praxis nicht verzichten wollen, wie es nach der Rede des Herrn Barth scheint, so würden Sie uns allerdings zwingen, auf dieselbe Praxis einzugehen. Wir setzen beim Branntweinsteuer-Gesetz namentlich Abstimmung als selbstverständlich voraus, können natürlich niemand zwingen, hier zu sein, sagen aber voraus, daß wenn das Haus beschlußfähig ist, es nicht durch derartige Mittel beschlußunfähig gemacht wird. Wenn die Linke auf eine solche unlaute Obstruktion nicht verzichten will, werden wir gezwungen sein, selbst eine derartige Obstruktion aufzunehmen.

Abg. Lude (W. d. L.): Herr Barth hält offenbar für seine Partei eine derartige Obstruktion bei der Branntweinsteuer-Vorlage für möglich, daher sind wir gezwungen, ähnliche Mittel anzuwenden.

Abg. Wachen (L.): Nachdem nun von beiden Seiten des Hauses mit dem Begriff der Obstruktion in dieser Weise operiert ist, möchte ich doch allen Seiten des Hauses zu bedenken geben, ob es denn möglich ist, den Parlamentarismus überhaupt noch aufrecht zu erhalten (Sehr richtig! rechts und im Centrum), wenn in dieser Weise Mittel angewendet werden, die sich allerdings noch in den Rahmen der Geschäftsordnung hineinpressen lassen, die aber mit dem Geiste und dem Sinne des Parlamentarismus im Widerspruch stehen. Wenn von einer oder der anderen Seite die Bestimmungen der Geschäftsordnung über die Beschlußfähigkeit außer durch illusorisch gemacht werden, daß ein Haus, das thatsächlich beschlußfähig ist, 10 Minuten später beschlußunfähig ist, weil eine Anzahl Mitglieder, die im Hause sind und unmittelbar vorher im Saale waren, an der Abstimmung nicht teilnehmen, so ist das mit dem Parlamentarismus nicht vereinbar. Jeder, der auf diese Bahn tritt, wird die Verantwortung dafür zu übernehmen haben — das ist ein ernstes Wort! (Große Lärme und Lachen links.) — Wenn der Parlamentarismus nicht diejenige Entwicklung in unserem Vaterlande nimmt, welchen die wahren, unbefangenen und ehrlichen Freunde des Parlamentarismus wünschen. (Bravo! rechts und im Centrum.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Ich weiß nicht, was zu diesen Ausführungen eigentlich Veranlassung gegeben hat. (Lachen rechts.) Der Reichstag ist am Donnerstag und Freitag beschlußfähig gewesen. Er war am Sonntag nicht beschlußfähig und gestern auch nicht. (Widerspruch rechts.) Bevor es irgendwie bei uns in Frage kam, die Auszahlung zu beantragen, haben wir uns vergewissert, daß nur 177 Abgeordnete anwesend waren. Dafür habe ich Zeugnis. Warum ist ein solches Vorgehen überhaupt möglich — weil keine Diäten gezahlt werden (Lachen rechts) und weil die vielen Doppelmandatäre nicht zugleich hier und im Abgeordnetenhaus sein können. Wenn für ein Gesetz, wie Sie annehmen, drei Viertel des Hauses sind, also dreihundert Abgeordnete, dann muß es doch diesen Dreihundert leicht sein, zweihundert präsent zu halten. Wenn der Reichstag nicht beschlußfähig ist, so haben hundert Anhänger des Gesetzes gefehlt. Das ist durchaus kein unlaute Mittel, wenn man verlangt, in grundsätzlichen Fragen oder zum Schutz gegen Ueberrumpelung, daß diejenigen anwesend sind, die dem Grundsatz zustimmen. (Sehr richtig! links.) Das hat der Präsident selbst aus Anlaß eines Vorgehens im vorigen Jahre konstatiert. Man kann es den Mitgliedern einer Minorität nicht verübeln, wenn sie verlangen, daß eine Majorität in grundsätzlichen Fragen anwesend ist. — Darnach halten wir fest. Trennen alle allgemeine Erklärungen Lehnen wir grundsätzlichen ab. Thun Sie, was Sie wünschen, Ihr Schicksal wird Sie dann um so rascher ereilen. (Lachen rechts, Zustimmung links.)

Abg. Webel (Soz.): Wenn die Herren glauben, durch irgend welche Drohungen uns heute bestimmen zu können, eine Erklärung abzugeben, wie wir bei der Branntweinsteuer-Vorlage oder irgend einer anderen Vorlage uns verhalten werden, so irren sie sich sehr. Die Art und Weise, wie Sie heute uns zu provozieren versucht haben, hat auf unserer Seite keineswegs einen angenehmen und günstigen Eindruck hervorgerufen. (Sehr richtig! links.) Wenn wir feststellen wollen, daß das Haus beschlußfähig ist, so verlangen wir nichts Geschäftsordnungswidriges. Die Würde des Parlamentarismus liegt uns jedenfalls mehr als den Herren auf jener Seite auf dem Herzen, die am liebsten gar keinen Parlamentarismus, jedenfalls nicht einen auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts hätten. Machen Sie, was Sie wollen, — wir werden dafür sorgen, daß die Tagesordnung, die der Herr Präsident vorgelegt hat, aufrecht erhalten wird.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.): Ich muß gegen die Unterstellung der Herren Lude und v. Kardorff protestieren, daß sie herausgehört haben wollen, daß unterdessen eine Obstruktion beim Branntweinsteuer-Gesetz ins Auge gefaßt ist. Es ist mir nicht eingefallen, etwas derartiges anzudeuten. Was ich zum Ausdruck gebracht habe, war, daß wir uns nicht von jener Seite imputieren lassen wollen, als ob wir unlaute Obstruktion je gemacht oder geplant hätten. In Wirklichkeit hat ja Herr Lude selbst bereits mit dieser sogenannten unlauteren Obstruktion begonnen. Sein ganzes Vorgehen ging ja darauf hinaus, unsere Beratungen aufzuhalten.

Abg. Lude (W. d. L.): Nach den Erklärungen des Abg. Barth halte ich meinen Antrag aufrecht.

Präsident Graf Vallasstrom: Ich muß mein tiefstes Bedauern darüber aussprechen, daß, nachdem noch nicht eine Viertelstunde vergangen war, seitdem ich die Vertreterinnen aller Parteien im Hause über die fernere Geschäftsführung mit mir geeinigt hatten (Sehr richtig! links) —, daß dann sofort hier eine Störung eingetreten ist. (Sehr richtig! links.) Ich weiß wohl, daß die Herren, die an jener Besprechung teilgenommen haben, nicht einen absoluten Einfluß auf alle ihnen nachstehenden Abgeordneten haben können. Aber trotzdem muß ich mein tiefstes Bedauern darüber aussprechen, wenn unsere Geschäfte durch ein solches Vorgehen gestört werden, nachdem alle Parteien einig waren. (Lebhaftes, wiederholtes Bravo! links.)

Abg. Lude (W. d. L.): Ich muß ebenso mein Bedauern und das meiner Freunde aussprechen darüber, daß gestern, nachdem wir alle gebeten hatten, die Branntweinsteuer-Vorlage als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, die Linke es verstanden hat, das zu verhindern. (Lachen links.) Das ist nicht wahr! Deshalb halte ich meinen Antrag aufrecht, das weitere wird sich finden. (Lachen links.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Wir haben gestern nur bezweckt, den Vorschlag zur Geltung zu bringen, den der Präsident selbst gemacht hatte, der doch in Anspruch nehmen kann, über den Parteien in solchen Fragen zu stehen. Durch meine Anzuweisung der Beschlußfähigkeit wollten wir die Autorität und die Ansicht des Präsidenten in dieser Frage zur Geltung bringen. Diese Ansicht war berechtigt; wir erstreben, die Beratung der Zuckersteuer-Vorlage möglichst zu verzögern und zu verhindern, daß die Branntweinsteuer-Vorlage in zwei Tagen durchgebelehrt werde.

Präsident Graf Vallasstrom: Ich möchte nur bemerken, daß ich selbst in der Lage bin, meine Autorität zu wahren. (Heiterkeit rechts.) Ich werde dem Herrn Abg. Richter für seine Unterstützung ja immer dankbar sein, werde aber auch dann, wenn sie mir nicht zu teil wird, meine Autorität wahren können. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. v. Lebedow (L.): Ich habe den Antrag auf Kündigung gestern sehr bedauert. Wir haben gesehen, daß eine ganze Menge von Herren auf der linken Seite sich entfernt haben. (Hört! hört! rechts.) Mit einer solchen Maßregel können die Verhandlungen in diesem Hause gänzlich zu Ende gebracht werden. (Sehr richtig! rechts.) Wenn das öfter auf jener Seite geschieht, wird es natürlich auch auf unserer Seite geschehen. (Große Heiterkeit links.) Wenn dann der Parlamentarismus ruiniert wird, so ist es nicht unsere Schuld. (Lachen links.) Komens meiner Freunde erkläre ich, daß wir es bei dem Vorschlag des Präsidenten zu belassen wünschen und daß wir es bedauern würden, wenn in diesem Falle die Auszahlung von irgend einer Seite beantragt würde.

Präsident Graf Vallasstrom: Ich werde nunmehr über den Antrag des Abg. Lude abstimmen lassen.

Abg. Lude (W. d. L.): Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Beiwegung.)

Der Namensaufruf beginnt. Als der Schriftführer dabei den Namen Lude verliest, meldet sich niemand. Darauf stürmische Lärme links: Lude! Lude!

Abg. Lude wird von seinen Freunden aus dem Wandelgange geholt und antwortet nach einer längeren Pause mit einem leisen: Hier! (Große Heiterkeit links.)

Ruf vor 2 1/2 Uhr in der Namensaufruf beendet und unter großer Beiwegung des Hauses verläßt.

Präsident Graf Vallasstrom: Das Resultat des Namensaufrufs ist folgendes: Es haben mit „hier“ geantwortet 193 Abgeordnete. Es fehlen 6 zur Beschlußfähigkeit. Der Reichstag ist also nicht beschlußfähig und wir müssen unter Beratungen abbrechen. Ich setze die nächste Sitzung auf 2 1/2 Uhr fest mit folgender Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Beratung der Brüsseler Konvention und der Aenderung des Zuckersteuer-Gesetzes.

Schluß 2 1/2 Uhr.

184. Sitzung vom 6. Mai 1902, mittags 2 1/2 Uhr.

Am Ministerische Graf Vosadowsky, Möller, Freiherr v. Thielmann.

Die erste Beratung der Zuckersteuer-Novelle und der Brüsseler Konvention wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.): Alle Redner der konservativen Parteien haben gestern zur Sache überhaupt nicht das Wort genommen, sondern sich darauf beschränkt, die Ueberweisung an eine Kommission zu beantragen. Das ist ein ganz ungewöhnlicher Vorgang bei einer Vorlage von solcher Wichtigkeit. Die Vorlage ist bereits seit zwei Monaten bekannt, warum sollte es also den Parteien der Rechten nicht möglich sein, bereits in der ersten Lesung in eine grundsätzliche Besprechung der Vorlage einzutreten. Die einzigen, die dieser ganzen Zuckersteuer-Gesetzgebung von 1896, die die Regierung jetzt selbst als vollkommen mißlungen bezeichnen muß, mit reinem Gewissen gegenüberstehen, sind die Parteien der Linken. Wir haben uns von vornherein gegen die ganze Gesetzgebung, gegen die Kontingentierung, die Betriebssteuer und die Prämienvirtschaft gewandt. Man hat die Linie der Gesetzgebung ergriffen, um einer momentanen Verlegenheit zu entgehen, ohne zu bedenken, daß man auf die Dauer die Lage der Zuckerindustrie noch bedeutend verschlechtert. Daher sollte man jetzt eine internationale Verständigung mit Freunden eingehen. Ganz unverständlich war es, wie der Herr Reichstagspräsident die Agrarier so eindringlich um Entscheidung bitten konnte, daß Deutschland der Konvention beigetreten ist, daß er besonders betonte, daß Deutschland nicht die Initiative zu der Verständigung ergriffen hat. In der That können wir es nur als ein besonderes Glück bezeichnen, daß eine solche Verständigung zu Stande gekommen ist. (Sehr richtig! links.) Man spricht immer von einem Siege Englands. In der That aber ist es England allein, das Opfer gebracht hat, es hat auf ein Geschenk von 70—80 Millionen Mark jährlich verzichtet. Daher möchte sich auch erheblicher Widerstand in England selbst gegen die Konvention

geltend. Lehnen wir die Konvention ab, dann werden die Vorteile der Konvention für Frankreich so eminent groß sein, daß dieses Land dann auf jeden Fall mit beiden Händen zugreift. Die Lage der deutschen Zuckerindustrie würde dadurch so verzweifelt, daß diejenigen, welche für eine Ablehnung der Konvention eingetreten sind, von den Interessenten geradezu gesteinigt würden. Herr von Lebedow hat ja eine gründliche Beratung der Vorlage in der Kommission angelündigt. Vielleicht verlangen die Herren, daß erst eine Statistik aufgenommen wird. (Heiterkeit links.) Es handelt sich aber hier um eine Vorlage der Regierung, und um die Autorität der Regierung wäre es wahrhaft miserabel bestellt, wenn es ihr nicht gelingt, die Verabschiedung einer Vorlage, die sie vor der Vertagung eingebracht hat, noch vor der Vertagung durchzuführen. (Sehr richtig! links.) Einer weiteren Herabsetzung der Verbrauchsabgabe auf 12 R. wären wir durchaus geneigt, werden uns aber nicht dazu hergeben, etwa durch das stürmische Verlangen auf eine Herabsetzung der Verbrauchssteuer das Zustandekommen der Konvention zu gefährden. Die Hauptsache ist jetzt die Sprengung des Zuckerkartells. Was durch die Prämien gestiftet ist, ist drei und viermal mehr durch die Zuckeringangung gestiftet worden. (Sehr richtig! links.) Er hat den Konsum vermindert und die Ueberproduktion noch gesteigert. Die Hauptsache ist jetzt die Gründung der Zuckerindustrie. Der ganze Weg der protektionistischen Verästelung hat sich als unglücklich erwiesen. Am denklichsten hat sich das bei der Zuckerindustrie gezeigt; es ist ein wahres Glück, daß wir endlich durch internationale Vereinbarungen gezwungen werden, diesen Weg zu verlassen. Wir sollten stolz genug sein, aus eigener Initiative bei anderen Industrien ebenfalls eine vernünftige Wirtschaftspolitik einzuschlagen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Staatssekretär Graf Vosadowsky: Der Herr Redner hat die Kritik in der Zuckerindustrie zurückgeführt auf das System der Kontingentierung. Dieses System wurde von uns seiner Zeit in ganz anderer Weise vorgeschlagen, als es das Haus schließlich gestaltet hat. Wir hatten außerdem hohe Steuerbefreiung auf Ueberführung der Kontingentierung. Auch diese Bestimmung wurde seiner Zeit abgeändert und überhaupt die Grundlagen der ganzen Gesetzgebung verabschiedet. Wir standen aber damals vor einer unmittelbar bevorstehenden, zum Teil schon ausgebrochenen Krise. Wir hatten den Fehler gemacht, die Prämien abzuschaffen, während andere Staaten sie behalten hatten und waren daher gezwungen, zum Prämienystem zurückzukehren. Das Prämienystem aber hat zur Voraussetzung, die Beschränkung der Produktion, d. h. die Kontingentierung.

Nun scheint der Reichstag geneigt zu sein, diese Vorlage einer Kommission zu überweisen. Die Bedenken aber, ob es richtig ist, die Prämien international abzuschaffen, können doch erst in allerletzter Zeit entstanden sein. Auf eine Anfrage des Landwirtschaftsministers hat das Landesökonomikollegium vor nicht langer Zeit selbst zugegeben, daß die Zuckerindustrie genügend entwickelt sei, um bei allgemeiner Abschaffung der Exportprämien ihre Stellung auf dem Weltmarkt zu behaupten. Dieser Zustand ist jetzt erreicht. Man dürfte also annehmen, daß das Haus einstimmig der Ansicht ist, daß ein glückliches Resultat erzielt ist; ich kann nicht einsehen, was durch eine Kommissionsberatung erreicht werden soll. Bei einer Konvention handelt es sich doch allein darum, sie anzunehmen oder abzulehnen. (Sehr richtig! links.) Nun ist gestern suppeditiert worden, wir sollten Sachverständige hören. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, daß die Zuckersachverständigen ganz verschiedene Interessen verfolgen. Der Rübenbauer hat ein ganz anderes Interesse, wie der Mohrzuckerfabrikant; der eine ist Verkäufer, der andre Käufer. Der Raffinierer hat ebenfalls ganz andere Interessen, wie der Mohrzucker- oder Melassefabrikant. — Wie ist nun die Situation, wenn die Vorlage angenommen oder abgelehnt wird? Wenn sie abgelehnt wird, ist es im höchsten Grade wahrscheinlich, daß England einen Ausgleichszoll erhebt, der nicht nur entsprechend unseren Prämien, sondern wir können uns darauf gefaßt machen — man muß die Wahrheit sagen, um den ganzen Ernst der Lage zu würdigen —, daß noch ein Kartellzuschlag von 13 bis 14 R. per Doppelzentner erhoben werden wird. (Beiwegung links.) Wir werden dann differenziert sein in England, sind differenziert in Amerika und Indien. 80 Proz. unseres gesamten Zuckereports geht dann nach Ländern, in denen wir differenziert sind und die verbleibenden 20 Proz. zum Teil nach englischen Kolonien, von denen wir nicht wissen, wie weit sie dem Beispiel des Mutterlandes folgen werden. Die natürliche Folge wird also sein, daß der Zucker der der Konvention beitretenden Staaten den unfruchtlichen überflügeln wird und daß der Mohrzucker in die günstigste Lage kommt. Für die deutsche Landwirtschaft kann ich also aus der Ablehnung der Konvention absolut keinen Vorteil erblicken. Ganz abgesehen davon, daß schon in den letzten Jahren der Zuckerkonvention abgenommen hat, was der Landwirtschaft auch zum Schaden gereicht.

Nun beschließt man andererseits, daß wenn die Konvention angenommen wird, der Mohrzucker nach Deutschland kommt. Unser Zucker wird dann aber doch ganz gleichberechtigt sein mit dem anderer Länder. Es ist also wahrscheinlich, daß unsere Ausfuhr in den nächsten fünf Jahren nicht zurückgehen wird. Durch Herabsetzung der Verbrauchsabgabe wird sich außerdem der Konsum steigern. Also vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus sprechen alle Gründe dafür, den Weg der Konvention zu gehen. Das Kartell hat bisher nur Nutzen gebracht für die Raffinierer. Die Landwirtschaft spannt sich hier zusammen mit einem Interessenten, der nach einem ganz anderen Ziele hinstrebt, wie sie selbst. Die Regierung mißt sich ja nicht gern in die Geschäftsdispositionen dieses Hauses ein, ich glaube aber doch, daß diese Konvention der einzig gangbare Weg gerade im Interesse der Landwirtschaft ist. Daher sollte die Mehrheit des hohen Hauses nicht noch Zeit veräumen durch die Benennung von Sachverständigen, die vollkommen verschiedene Interessen zu vertreten haben, sondern schnell und unmittelbar den Beschluß fassen, der der einzig mögliche und richtige ist, der Brüsseler Zuckerkonvention glatt beizutreten. (Bravo! links.)

(Der Reichstagsler betritt den Saal.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Ich bin zwar kein absoluter Gegner der Konvention, aber eine so glatte Annahme, wie sie eben der Staatssekretär empfohlen hat, wird sie doch nicht finden. Zur Sache selbst will ich mich nicht äußern, dazu wird in der Kommission Zeit genug sein. (Lachen links.) Ich will nur die Kommissionsberatung verteidigen. Herr Barth sprach dabei von einem Excess der Witzbegierde. Da möchte ich die Herren von der Linken doch bitten, vor der eigenen Thür zu stehen. In der Kommission waren es die Freunde des Herrn Barth, die Statistiken über alle möglichen Dinge, über die Zunahme der Nindeserflichkeit (Lachen rechts), ja sogar über die Zunahme der Prostitution verlangten. Das waren Excesse der Witzbegierde. Hier haben wir eine leistungsfähige, große Industrie, die bei einer Aenderung eines sie speziell betreffenden Gesetzes gar nicht gespart wird. Ich hoffe, daß wir zu dem Resultat kommen werden, daß unserer Zuckerindustrie ein genügender Schutz gewährt wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Direktor im Auswärtigen Amt Dr. v. Koerner bestreitet gegenüber dem Abg. Baasche, daß keine Sachverständigen gehört worden seien. Es seien eine ganze Reihe von ersten Autoritäten der Zuckerbranche vernommen worden.

Abg. Dr. v. Komierowski (Pole) schließt sich den Ausführungen des Abg. Paasche an und tritt für Kommissionsberatung ein.

Reichssekretär Freiber v. Thielmann: Herr Paasche sagte: In der Kommission werden wir ja Zeit genug haben, alle Fragen eingehend zu prüfen, und ergründete auf die Zolltarifkommission. So viel Zeit wie diese Kommission haben wir aber nicht, und ich möchte das Haus dringend bitten, sich die Wichtigkeit einer schnellen Erledigung dieser Angelegenheit vor Augen zu halten.

Abg. Graf Bernstorff-Neuhagen (Welfe) erklärt dem Abg. Wurm gegenüber, daß für Hannover die Zollerfrage eine Lebensfrage sei, besonders für die Mühlenbauern. — In der Frage der geschäftlichen Behandlung der Konvention schließt ich mich durchaus dem Herrn Abg. Paasche an.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.): Die Herren Staatssekretäre v. Thielmann und Graf Posadowsky sowie Herr Barth haben sich zu meinem Erkennen gegen eine Kommissionsberatung ausgesprochen. Bei Herrn Thielmann kann dies schließlich am wenigsten verwundern, denn dieser Herr hat noch nicht eine so lange parlamentarische Erfahrung hinter sich. (Heiterkeit rechts.) Aber Herr Barth konnte es nicht zweifelhaft sein, daß eine so wichtige Vorlage einer Kommissionsberatung unterzogen werden mußte, schon um die Verantwortung im Lande zu befestigen. Für mich ist schon allein der Grund für eine Kommissionsberatung maßgebend, daß wir nach dem Wortlaut des Protokolls gar nicht sicher sind, daß nicht schließlich wir die Prümers aufgeben, während England dies nicht thut. Warum hat man nicht die ganzen Beziehungen Englands in die Konvention selbst hineingebracht? Jetzt stehen allein im Schlußprotokoll ganz veräußerte Bestimmungen. Dieser Punkt muß in der Kommission aufgearbeitet werden. Wir hätten es auch für dringend notwendig, daß die Frage der künstlichen Süßstoffe mit der Zundersteuer-Gesetzgebung zugleich erledigt wird. (Dravo! rechts.)

Reichssekretär Freiber v. Thielmann: Der Herr Vorredner ist meinen Ausführungen jedenfalls nicht mit Aufmerksamkeit gefolgt, wenn er behauptet, ich sei gegen eine Kommissionsberatung. Das ist mir nicht eingefallen. Ich habe mich lediglich dagegen gewandt, daß die Kommission ihre Beratungen so ausdehnt wie gegenwärtig die Zolltarif-Kommission.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.): Es wird für uns sehr interessant sein, besonders im Hinblick auf die künftigen Handelsverträge, die Arbeit der Herren in Brüssel in der Kommission einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Wir hoffen, daß die Arbeiten der Kommission ein im Interesse der Landwirtschaft erhebliches Ergebnis haben werden.

Abg. Speck (C.): Graf Posadowsky hat sich durch seinen Widerspruch gegen eine Kommissionsberatung mit den gestrigen Ausführungen des Herrn Reichs-Lanzlers in Gegensatz gesetzt. Der Herr Reichs-Lanzler schien sich mit dem Gedanken einer Kommissionsberatung durchaus abgefunden zu haben. Den Abschluß der Konvention halten auch wir für einen glücklichen, die einzelnen Bestimmungen werden aber noch einer gründlichen Prüfung in der Kommission unterzogen werden müssen.

Direktor im Auswärtigen Amt v. Körner polemisiert gegen den Vorredner, bleibt aber auf der Tribüne völlig unverständlich.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und freisinnigen Gruppen einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Präsident Graf Vassekrem: Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung zu halten Dienstag, den 3. Juni, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Zweite Beratung des Süßstoff-Gesetzes, dritte Beratung der Zundersteuer-Vorlage. — Ehe ich die Sitzung schlicke, wünsche ich den Herren Kollegen eine recht gute Erholung während der Ferien. Schluß 5 Uhr.

Die Zolltarif-Kommission

des Reichstags setzte am Dienstag die Debatte über Position 237 (Petroleum, Paraffin, Bergäther) fort.

Stadtgen (Soc.) begründet seinen Ezentralantrag (Zollfreiheit für Mineralöle zur Herstellung von Wasser- und Wasserdampf-Öfen). Die thüringische Braunkohlen-Industrie ist schon jetzt nicht mehr in der Lage, die Mengen von Mineralölen zu liefern, die zur Herstellung von warm laubem Wasser- und Wasserdampf-Öfen erforderlich sind, obwohl es erst in wenigen Städten eingeführt ist. Man wird Gas immer mehr als Heizmaterial gebrauchen. Die Gemeinden, die in der Regel die Gasfabrikation übernehmen, haben ein festes Interesse, billige Mineralöle zu haben. Im öffentlichen Interesse müssen die Gemeinden billiges Gas liefern, weil in vielen Städten die Existenz großer Gewerbegebiete vom billigen Gas abhängig ist.

Paasche (natl.) beantragt, die Petroleumfrage an eine Subkommission zu verweisen.

Müller-Sagan (fr. Sp.): Es fehlt an Zeit für eine Subkommission, noch neben der Tarifkommission zu tagen.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, Spezialfragen wie die Soda- und Petroleumfrage müßten einer Spezialgesetzgebung vorbehalten werden und könnten nicht im Rahmen des Zolltarifs erledigt werden.

Paasche (natl.) zieht hierauf seinen Antrag zurück. Graf Kanitz (L.): Petroleum könnte bei Handelsverträgen mit Ausland ein gutes Kompensationsobjekt sein. Ausland lege großen Wert darauf, daß galizisches Petroleum nicht bevorzugt werde.

Paasche (natl.): Rodefeller sei ein Genie im Geldmachen, er schürfte alle Völker. Aus den Klauen des Genies Rodefeller müsse Deutschland befreit werden. Oestreich sei es gelungen, sich dem Einfluß Amerikas zu entziehen. In Galizien und Rumänien sei ein Ueberfluß an Rohöl vorhanden; dies könne aber in den Balkanstaaten nicht verarbeitet werden, weil man dort die wertvollen Rückstände nicht verwerten könne. Der Antrag Hehl wolle der Reichs-Lasse höhere Beträge zusichern und dem Spiritus einen größeren Absatz verschaffen.

Schaffmeister Freiber v. Thielmann: Wenn wir uns von Rodefeller befreien, werde der Antrag Hehl einen großen Ausfall an Einnahmen bringen. Oder aber die Raffinerie hält sich in bescheidenen Grenzen, und dann bleibe die Herrschaft Rodelfellers erhalten.

Sahn (S. d. L.) will Petroleumraffinerien und ähnt als Zukunftsstrafzenger nur noch den Spiritus.

Gothein (fr. Sp.) will den bestehenden Zustand aufrecht erhalten.

Abg. Speck (C.) wünscht, das deutsche Publikum aus den Klauen des Petroleumartikels zu befreien, aber er fürchte, daß, wenn wir Rodefeller los würden, wir einen andern nicht minder Dabgierigen wiederbekommen würden. — Mit dem Zoll dürfe man nicht soweit gehen, daß dem Kleinunternehmer die Triebkraft verneuert werde. Wenn man den Spiritus als Triebkraft steuerfrei lasse, müsse man auch das Petroleum freilassen.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Unter Ablehnung aller Anträge werden sowohl die Sätze wie die Bemerkungen der Regierungsvorlage angenommen. Angenommen wird ferner folgende Resolution Camp:

„Mit Rücksicht auf die Erklärungen der Vertreter der verbündeten Regierungen, in Bezug auf die Zollsätze in Position 237 keinerlei vertragmäßige Verbindlichkeiten anderen Staaten gegenüber eingehen zu wollen, werden die verbündeten Regierungen ersucht, mit möglichster Beschleunigung in eine Erwägung darüber einzutreten, ob nicht durch Einführung verschiedener Zollsätze für Kohlenpetroleum und gereinigtes Petroleum die Schaffung einer inländischen Raffinerie-Industrie möglich und wirtschaftlich geboten ist, und beziehendfalls einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen.“

Nächste Sitzung am 27. Mai.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Wohnanschrift beizufügen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

R. N. Ihre Karte haben wir erhalten. Wir möchten aber einverstanden sein, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Wohnanschrift beizufügen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

G. W. Die Prinzen beziehen ihr Taschengeld vom König, das besteht von den 15 1/2 Millionen des ihm von Väteren bewilligten Gehalts. Wie hoch die Summen sind, ist unbekannt; das ist eine private Angelegenheit des Königs.

H. K. 4. Als Nebenlohn zu dem genannten Zweck wird Debitum verlangt, ein weitaus größerer Betrag, der mit Wasser angefüllt wird und in jedem Drogenengeschäft zu billigen Preisen zu haben ist.

S. K. 47. 1. Der Vorzugende 2. Ja, beim Reichs-Verwaltungsgericht. 2. Nach dem Spruch. 4. Während der Verhandlung ist der Angeklagte nicht im Saale, sondern wird erst dann hingerichtet. 5. Um die Tiefnummeren wir und nicht. — Post 100. 1. Ja. 2. Nein. — T. S. 1934. Soviet und bekannt, kein Genaue Auskunft erhalten Sie durch direkte Anfrage beim Regimentskommando. — W. J. 100. Das hängt von der Entscheidung mit dem Vorgesetzten ab. — H. P. 31. Ja. — W. 12. Strofantrag wäre zwecklos. Auf Demas gab es aller mitgenommenen Sachen können Sie fragen. — Zwei Streifen. 1. 2.34 Quadratmeter. 2. 0.75 Quadratmeter. — W. 26 N. 25. Der Wirt hat kein Recht, die Entfernung der zwei Jahre lang gebundenen Mieter zu verlangen, kann aber nach Ihrem Betrage der Aufnahme neuer Mieter sprechen. — R. W. 100. Nach Ihrer Darstellung liegt keine Schenkung, sondern ein Darlehen vor. Die Verjährungsfrist für Darlehen beträgt 30 Jahre. — W. R., Wobau. Wird der Oberdarlehensgeber ohne Recht verweigert, so kann Verhaftung beantragt werden. Der Verhaftete ist sofort zu entlassen, wenn er den Eid leistet. Höchstens 6 Monate lang darf die Haft dauern. Der Gläubiger hat die Verhaftungsgebühren (15 M.) und allmonatlich 2 M. Verpflegungsgelder voranzumahlen. In der Regel kann erst nach Ablauf von 5 Jahren Wiederholung des Eides verlangt werden. — R. N., Charlottenburg. 1. Ja. 2. Wenn Unterschlagung bedrohlich ist, solange dauernd Überwachungsmaßregeln vorliegen, haben Kriegsteilnehmer monatlich 12 M. zu beanspruchen. — H. R. 25. Zum Unterhalt Ihres Kindes sind Sie verpflichtet, nicht zu dem gegen Ihren Willen außerhalb der Gewöhnung sich aufhaltenden Frau. Zweckmäßigkeit der Kinder können Sie sich an das Gericht wenden. Das Vorgehen Ihrer Frau können Sie durch eine gerichtliche oder notariell beurkundete Erklärung nach S. 225 Hebr. oder einreden. Beispiele zu solcher Erklärung finden Sie S. 225 Nr. 20 und 21 des dem „Arbeiterrecht“ angelegten Führers. Das „Arbeiterrecht“ liegt in den öffentlichen Verfassungen an. — G. S. Die Geschenke können nicht zurückverlangt werden. Erben sind die Kinder zu gleichen Teilen geworden. Können Sie sich nicht gütlich einigen, so beantragen Sie Rechtsregulierung beim Amtsgericht. Für die Kosten der Rechtsregulierung haften der Nachlass und jeder Erbe. — Schönhausen. Nein.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Stulmacher **Oskar Evers**, am 3. Mai verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Elisabeth-Kirchhofes statt. **Ehre seinem Andenken!** Zahlreiche Beteiligung erwünscht 247/14 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.
Am 5. Mai verschied nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Onkel und Schwager, der Metallarbeiter **Karl Franke**. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes statt. **Ehre seinem Andenken!** Zahlreiche Beteiligung erwünscht 247/14 **Die Hinterbliebenen.**

Central-Verband d. Maurer Deutschlands Zweigverein Berlin.
Zahlstelle II.
Unsere Kollegen zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 3. Mai, der Kollege **Ernst Steffen** im Alter von 68 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet 133/14 **Die Verbandsleitung.**

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters **Emil Gerstenberger** sage hiermit allen, insbesondere den hiesigen Gesangsvereinen, dem Wahlverein „Weihenstee“, dem Steinmetz-Verband, den Herren Gemeindevorsteher sowie allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. 24876 **Witwe Ida Gerstenberger u. Kindern.**

Dankagung.
Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Mannes **Julius Balzer** sprechen wir den Kollegen der Firma Weisler und den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes unsern herzlichsten Dank aus. Die trauernden Hinterbliebenen: **Witwe Adelheid Balzer** wohnt Eichen. 24868

Am Sonntag, den 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr, entfällt samt nach langen schweren Leiden mein lieber Mann und guter Vater, der Schlichter **Wag Maetsch** im 29. Lebensjahre. 24825 Dies zeigt tiefbetrübt an Die trauernde Witwe **Louise Maetsch geb. Roschwitz**, Weinsteindorf, Sommerfr. 17. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 8. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reinickendorfer Kirchhofes, Humboldthofe, aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Norddeutsche Schiffe“, dem socialdem. Wahlverein Süd-Ost, den Arbeitskollegen sowie dem Ehe- u. Wirtshausmann sagen wir für die rege Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines Sohnes, Bruders und Schwagers, des Wäfers **Ernst Wilhelm** den herzlichsten Dank. 41019 **Die trauernden Hinterbliebenen.** Familie Wilhelm. Rosa Berlin.

Die identif. Generalversammlung der Central-Krankenkasse für Deutschland in Berlin, G. S. 134, findet nicht Freitag, den 18., sondern **Mittwoch, den 21. Mai 1902** abends 8 Uhr, im Kaiserhof Ulmerstraße 1 statt, und zwar mit der vorläufigen Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Auflösung. 24830

Kaffee hat fast noch nie so billig wie jetzt! Sie erhalten bei mir Kaffee nach neuem patentierten Verfahren geröstet zu 90 Pf. pro Pfd. Meine Mischungen zu 1.00, 1.20 u. 1.40 Karl finden in allen Haushaltungen Anwendung, was der Herr wachsende Centrum beweist. 21718* **E. L. Hertzsch, Rixdorf, Bergstraße 10.**

Kraft-Rothwein Fu-Blutarme u. Kranke ärztl. empfohlen **Santa Lucia** F. 150 u. 2 M. Überall zu haben empfiehl. Dr. von Walek.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.) **Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Lutterbäse, Friedrichstraße 11:** Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlung für Lichtenberg-Friedrichsberg. **Tagesordnung:** 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Verbandsangelegenheiten und Beschiedene. **Die Ortsverwaltung.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband **Verwaltungsstelle Berlin.** **Bureau: Engel-Arter 15. Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.** **Mittwoch, den 7. Mai 1902, abends 8 1/2 Uhr:** **Vertrauensmänner-Konferenz für den Westen bei Kumke, Bülowstraße 59.** 114/17

Bezirk Ober-Schöneweide. **Herrenpartie nach der „Pferdebucht“.** **Treffpunkt: Morgen 7 Uhr bei Rauholtz, Wilhelmshofstr. 18.** 114/18

Töpferträger **Berlin und Umgegend.** **Freitag, den 9. Mai, abends 8 Uhr, in „Falkenbergs Festsälen“, Kolonnenstraße Nr. 11/12: Mitglieder-Versammlung.** **Tages-Ordnung:** 1. Protokoll. 2. Der neue Tarif von Seiten des Innungsvorstandes des Töpfergewerbes (Sitzung vom 5. Mai 1902). 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. Die Kollegen werden aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. Der Innungsvorstand und die Kommission der Töpfermeister sowie der Gesellenauschuss haben ihr Erscheinen zu dieser Versammlung zugesagt. Die Kollegen werden ersucht, ihre Meister zu dieser Versammlung einzuladen. Die Träger werden ersucht, ihre Meister und Träger auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. (42/4*) **Der Vertrauensmann.**

Holldorfs Restaurant **Inhaber: Rud. Albrecht.** **Woltersdorfer Schleuse.** **In schönster Lage an Wald und Wasser.** **Sehr geeignet für Vereine und Schulen.** **Großer schattiger Garten** mit ca. 1000 Sitzplätzen. 23786 **Grosser Tanzsaal. Familien-Kaffeeküche. Zwei Kegelbahnen. Sommerwohnungen.**

„Elektra“ **Neanderstraße 4.** **Neue Abendkarte.** **Elektrotechnik - Maschinenbau** Zeichnen - Algebra - Laboratorien. **Prof. Dr. Franco.**

Dr. Simmel, Prizzenstr. 41. **Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4. **Zähne W. 2 an** beliebige Teilzahlung. Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Grosse Fänge! **Seefische billig!** **Schellfische** in allen Größen . . . 20-25 Pf. pro Pfd. (zum Kochen und Braten sehr zu empfehlen) ohne Kopf u. im Ansehn. **Cabliau** 20-22 Pf. **Bratflunder** 3 Pfund 50 Pf. 4100L **Seelachs** 20 Pf., im Ansehn 25-27 Pf. **Rotzungen** 35-40 Pf., Schollen 35-40 Pf. **Alle andern Sorten ebenfalls billig.** **Geräucherte Seefische.** **Schellfische** (schöner als Bäcklinge) 30-35 Pf. pr. Pfd. **Seelachs** 45 Pf. **Flundern** 60-70 Pf. **Deutsche „Nordsee“** **Dampfschiff-Gesellschaft „Nordsee“** **Hauptfiliale Berlin C. 23, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.** II. Filiale: **Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse.** III. **Prinzessstrasse 30.** IV. **Madainstr. 22, im Schlesiachen Bahnhof.** **Johs. Skorczyk** Generalvortreter.

Frühjahrs-Kostüme enorm billig verkauft das Engros-Geschäft für Damen- und Kinder-Mäntel von **Heinr. Rackwitz, Niederwallstr. 28/29, I. Etage, Nähe Spittelmarkt, täglich bis abds. 9 Uhr.** **Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend Einzelverkauf.** **Frühjahrs-Kostüme** 9,50, 11, 15, 18 Pf. **Modell-Kostüme** 22, 28, 35, 45 Pf. **Frühj. u. Spitz-Capes** 7, 9, 12, 15-40 Pf. **Chico Frühj.-Palstots** 7, 10, 12, 15-45 Pf. **Eleg. Frühj.-Jackets** 6, 8, 10, 13-32 Pf. **Kostüm-Röcke, Neuheiten** 8, 10-24 Pf. **Reise- u. Regen-Palst.** 9, 12, 15, 18 Pf.

Dampfervermietung für **Vereine u. Gesellschaften** für halbe und ganze Tage. Zu erfragen bei **Rudolf Bartel, Rühlentstraße 67 a.** 37512*

Steppdecken **Kauft man am besten und billigsten** nur direkt in der Fabrik **H. Strohmendel, Berlin S. 72, Wallstr. 72,** nahe der Rosstrasse, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 40812*

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante **Herren-Garderobe** nach Maß, auch bar Kasse oberbilligste Preise. **Herren-Garderobe** stets vorräthig. Schneidemeister, **Temporowski, Prinzenstrasse 55, (I. Etage) Ecke Drebruckenstraße.** **Anzüge nach Maß für Herren-Knaben** Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Palstots, Anzüge, Westmäntel** u. werden unter Garantie des guten Eides zu überaus billigen Preisen (auswärtigen angelegentlich im Taggeschäft) bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 7. Mai.
Opernhaus. Rigaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Macbeth. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Herd-Heilspiel. Aida. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Zwei Wappen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die hohe Schule. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Bild Verharm. Gastspiel Rigaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Frauenarzt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reibens. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Gastspiel der Schliersee. Bild von Schliersee. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welle-Alliance. Die Dame aus Trouville hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luise. Der Bandstreicher. Vorher: Bei Neumanns. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Der Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.
Sereifionsbühne. Deller's Pensionsbühne. Anfang 8 Uhr.
G. v. Volkogens. Bunter Theater (Aberdell). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissima. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ihre Komik. Anfang 8 1/2 Uhr.
Cröbus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charibari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Unser Don Juan. Anfang 8 Uhr.
Wolke. Lustspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Ben Ali Bey und sein orientalisches Zauber-Ensemble. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Der Lumpenball. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vassage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Vassage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Täglich: Sternrevue.
Belle-Alliance-Theater. Heute zum 133. Male: Die Dame aus Trouville. Schwan mit Gesang u. Tanz in 3 Akte. Emil Sondermann u. W. Ferd. Worms. Mizzi Birchner. Rosa Marton. Hierauf: „Gr.“. Partier Lebendbild in 1 Akt. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Casino-Theater. Ledringstr. 37. Leonardy Gadel mit f. Gesellschaft 8 Uhr: „Der Lumpenball“. 9 1/2 Uhr: „Der beste Bruder“. Anfang Wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
 Mittwochabend 8 Uhr:
Zwei Wappen.
 Schwan in 4 Akten u. Ost Blumen-Idyl und Gustav Kadelburg
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Romantischen.
 Hierauf: **Hexenfang.**
 Freitagabend 8 Uhr:
Mein Leopold.

Central-Theater.

Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr, 3. 141. Rate:
Das süße Mädel.
 Operette in 3 Akten von Landberg und Stein. Musik von Neuhardt.
 Donnerstagabend 8 Uhr, halbe Breite, zum 79. Male: **Die Geisha.**
 Abends 7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.**
 Freitag und Sonnabend, 7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.**
 Sonntag, 11. Mai, nachm. 3 Uhr, in erst. Folge, halbe Breite: **Die Wuppe.**
 Abends 7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
 Novität! Zum erstenmal:
Der Doppelgänger.
 Sensationsschauspiel in 5 Akten. Anfang 8 Uhr.
 Donnerstagabend 8 Uhr, keine Preise, Partier 60 Pf.: **Das Kästchen von Hellbraun.** - Abends 8 Uhr: **Der Doppelgänger.**
 Im Garten: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 4 Uhr.

Apollo-Theater

und Konzert-Garten.
 Um 7 Uhr: **Gr. Gartenkonzert**
 Um 8 Uhr:
Die neuen grossartigen Spezialitäten.
 Um 9 Uhr (Ausschreibung):
Lysistrata
 Operette von Paul Linke

Metropol-Theater

Emil Thomas a. G.
 Henry Bender Josef Josephi
Unsre Don Juans
 Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Leon Treptow. Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater

(früher Fein-Palast)
 Buchstr. 22.
 Täglich abends 8 Uhr:
Ben-Ali-Bey
 u. sein orient. Zauber-Ensemble.
 Vorverkauf d. Vogen u. num. Sieve an der Theaterkasse des Warenhauses H. Wertheim, Leipzigerstr. Preise der Plätze: Vogen 2.50 M., Speer 1.50, num. Partier u. num. Platz 1.00, Balkon 1.00, Partier 50 Pf., Stehpart u. unnum. 30 Pf.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Das Bärenweib!
 ein Wunder der Schöpfung!
 Neu: **Skandinavisches Instrumental- u. Vokal-Künstler-Ensemble.**
 4 Damen, 2 Herren

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72/73.
 Anfang 8 Uhr
Gastspiel der Schliersee.
Liserl von Schliersee.
 Donnerstag: Jägerblut.
 Freitag: Im Auergraben.
 Der Sommer Garten ist in oberbährischer Art decoriert.

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
 Unter den Linden 44.
 Mittwoch, 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
 Gastspiel von Emanuel Reichor.
Der Friedlose.
 Von Strindberg.
 Malennacht, Hochzeitsabend.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 8 Uhr,
 Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Das sensationelle Mai-Programm
 16 ganz neue erstklassige Spezialitäten!

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
 Grösst. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte
 von 5 Künstler-Kapellen.
 Im 6. u. 7. Bogen erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
 Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
 Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
 Tägl. Matinee von 12 - 2 Uhr.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
 Donnerstag (Himmelfahrtstag)
Konzert u. Theater-Vorstellung.
 Kastr. erstklassiger Spezialitäten
 Anfang 4 Uhr Eintritt 50 Pf.
 Rumm. Platz 75 Pf. **Kalbo.**

W. Noacks Theater.

Brunnensstrasse 16.
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Theater-Vorstellung.
Die Anna-Diese.
 Schauspiel in 5 Akten von Birch Nach der Vorstellung: **Tanzkränzen.**

Fröbels Allerlei-Theater

früher Pahlmann
 Schönhauser-Allee No. 148.
 durchweg erneuert
Jeden Sonntag Ball.
 Am 1. Sonntag:
Grosse Eröffnungs-Festvorstellung.
 Auftreten des gesamten, sensationellsten, erstklassigen Schauspiel- und Künstlerpersonals.
 20 Chordamen können sich melden nachmittags von 4-6 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
 Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
 Nach jeder Soiree: **Tanzkränzen.**
 Wochentags Vereinsabende gütlich und Tanz frei.

Wintergarten.

Heute:
Das neue Mai-Programm!
 Interessant!
 Amüsant! Sensationell!

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
 Anfang Wochent. 8 Uhr
 Sonntags 7 Uhr.
 Zum Schluss:
 Zickzackens
 Künstler-Agentur.

Subdirektion
 Wilhelmstrasse 25 L.
 sagt für Feuerversicherungs-Kontakte höchste Bezüge. (40594)

Charlottenburger Volkshaus

Rosinenstr. 3, dicht an der Berliner Strasse.
 Verbindung mit Berlin durch die Linien: Kupfergraben-Charlottenburg, Lützow-Platz-Charlottenburg Stettiner Bahnhof-Charlottenburg.
 Am Himmelfahrtstage von 4 Uhr nachmittags an
Konzert
 des **Berliner Sinfonie-Orchesters.**
 Kapellmeister: **H. Fischer.**
 Eintritt 20 Pf.
 Auch den Berliner Genossen zum Besuch empfohlen. (2474b)

Tischler-Verein zu Berlin.

Donnerstag, den 8. Mai **Herrenpartie.**
 (Himmelfahrt):
 Abfahrt früh 7 Uhr 30 Min. ab Schleifchen oder Wannsee-Bahnhof bis Wannsee, von da nach Moorlake, Plaueninsel, Neu-Babelsberg.
 Regte Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand.

„Marienlust“.

In den Rüggebergern, direkt an der Bahn gelegen, mit circa 150 Meter Wasserfront, nimmt es als Ausflugsort in der näheren Umgebung Berlins in landschaftlicher Beziehung einen hervorragenden, wenn nicht den ersten Platz ein.
 Das Restaurant bietet einen wohlgepflegten, geräumigen Garten mit herrlichem Blick auf die verkehrsreiche „wendische Bucht“, drei große Säle mit Pianinos, vier Kegelbahnen, große Spielplätze, besitzt eigene Dampfer-Anlage, Stege für Ruder- und Segelboote, sowie auch Kutschkutsch; Aufstieg nach dem Müggelturm - Regelmäßige Stern-Dampfer-Verbindung zwischen Berlin-Cöpenick-Grünau-Schmöckwitz - Gedlegene Rüge. Aus-Idyl von Müggelturm und Müggelturm-Braunhau-Idyl. Kutschkutsch. Bei größeren Partien und Vereinen, Familien u. bitte um vorherige Anmeldung. Hochachtung!
Richard Streichhan, Amt Cöpenick: „Marienlust“.

Accumulatoren- und Elektrizitäts-Werke-Aktiengesellschaft

(vormals W. A. Boese & Co.)
5. ordentliche General-Versammlung.

Wir beehren uns hiermit, unsere Aktionäre zu der Sonnabend, den 31. Mai cr., vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaal der Gesellschaft, hier, **Köpenickerstr. 154**, stattfindenden ordentlichen General-Versammlung ergebenst einzuladen.
 Gegenstände der Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichtes des Vorstandes nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz pro 1901 sowie des Prüfungsberichtes des Aufsichtsrates;
2. Beschlussfassung über die Bilanz und Gewinnverteilung;
3. Erteilung der Entlastung an Aufsichtsrat und Vorstand;
4. Neuwahl des Aufsichtsrates.

Die Aktionäre, welche in der General-Versammlung das Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien ohne Dividendenbogen spätestens am sechsten Tage vor dem Versammlungstage in Berlin bei der **Kasse der Gesellschaft** oder bei einem deutschen Notare oder bei einer der nachbenannten Stellen: in Berlin bei der **Deutschen Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co. Commanditgesellschaft auf Aktien**, in Berlin bei dem Bankhause von **Koenen & Co.**, in Frankfurt a. M. bei der **Deutschen Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co. Commanditgesellschaft auf Aktien**, in Frankfurt a. M. bei der **Pfälzischen Bank**, in Frankfurt a. M. bei der **Bank für industrielle Unternehmungen**, in Frankfurt a. M. bei dem Bankhause **Bass & Herz**, in Stettin bei dem Bankhause **Wm. Schlutow** zu hinterlegen.

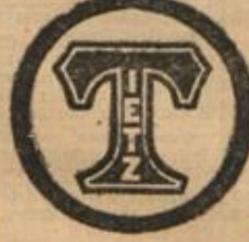
Die Zulassung zur General-Versammlung erfolgt nur gegen Eintrittskarten, welche bis zum dritten Tage vor dem Versammlungstage von obigen Stellen auf Grund der bei diesen oder beim Notar erfolgten Hinterlegung veratfolgt werden.
 Berlin, den 5. Mai 1902.

Direktion der **Accumulatoren- u. Elektrizitäts-Werke-Aktiengesellschaft**
 (vorm. W. A. Boese & Co.)
E. Hartzfeld. K. Kunze.

Waarenhaus Hermann Tietz
 Neu aufgenommen: **Flaschenbier.**

Wir liefern von heute ab das aus bestem Malz und feinstem Hopfen gebraute dunkle Tafelbier aus der **Export-Bier-Brauerei H. Siemens & Co., Berlin-Grünau** als **besten und billigsten Hastrunk**
30 Flaschen zum Preise von **2.05 Mk.** oder **45 Flaschen** für **3 Mk.**

Dieses Tafelbier hält sich gut auf Flaschen, ist reich an natürlicher Kohlensäure, schmeckt dadurch vollmundig, prickelnd und wird von jedem Bierkenner als sehr bekömmliches und erfrischendes Familienbier begrüsst werden.
 Um dies speciell für den Haushalt geeignete Tafelbier bei unserer Kundschaft und weiteren Kreisen des Publikums allgemeinen Eingang zu verschaffen, haben wir mit genannter Brauerei das Abkommen getroffen, nur **60 Pfg. Pfand für 30 Flaschen** zu berechnen und direct durch die Brauerei **frei Haus** zu liefern.
 Der Inhalt der Flaschen ist etwas über 1/3 Liter und entspricht diese Grösse der durchschnittlichen Beschaffenheit der Flaschen aller Berliner Brauereien.
 Bestellungen bitten wir zu richten an: **Waarenhaus Hermann Tietz, Abtheilung Lebensmittel.**



Aus der Frauenbewegung.

Ministerlogik.

Frauen dürfen nicht Mitglieder politischer Vereine sein; das ist Gesetz in Preußen und deshalb hat ein preussischer Minister die Pflicht zu beweisen, daß das auch vernünftig ist.

Trotzdem bleibt es ein schweres Stück, die Vernunft der Unvernunft zu beweisen. Die Frauen dürfen gewerkschaftliche Vereine bilden und darin über gewerkschaftliche Angelegenheiten, aber Berufsangelegenheiten reden: das billigt der Minister; sie dürfen öffentliche politische Versammlungen veranstalten, in solchen anwesend sein und sogar über Politik reden, mit ihrer „leichten Erregbarkeit das Volk bewegen“: das ist Gesetz, und der Minister billigt es.

Ein und derselbe Grund dafür, warum das zweierlei sein soll, ob Frauen in einer öffentlichen oder einer Vereinsversammlung reden, kann man nicht angeben. Den konnte schon die Kommission des hohen Hauses vor 50 Jahren nicht angeben.

Für Herrn v. Hammerstein wird die Sache sogar noch schlimmer. Will er doch nichts dagegen einwenden, wenn die Frauen in den Berufsvereinen gelegentlich über Politik reden. Es ist allerdings ganz richtig, daß ein gewerkschaftlicher Verein noch nicht dadurch zu einem politischen und die Beschäftigung mit gewerkschaftlichen Angelegenheiten nicht zur Beschäftigung mit politischen wird, daß gelegentlich einmal über einen politischen Gegenstand gesprochen wird; aber der Standpunkt des Ministers gegenüber dem politischen Vereinsrecht der Frauen wird doch erst recht unhaltbar, wenn er diese an sich richtige Anschauung vertritt.

Wenn übrigens gewerkschaftlichen Organisationen wieder einmal Schwierigkeiten gemacht werden sollten von der Polizei, weil in ihren Versammlungen gelegentlich einmal ein Wort von Politik geredet worden ist, wenn sie deswegen für politisch erklärt und zur Ausweisung der Frauen veranlaßt werden sollten, dann mögen sie sich auf Herrn v. Hammerstein berufen. Seine Worte über diesen Punkt in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Mai lauteten nach dem Bericht des „Reichs-Anzeigers“:

„Die Frauen mögen in Berufsvereinen sich zusammenschließen; sie mögen, wie die Verordnung über das Vereins- und Versammlungsrecht gestattet, auch in Vereinen ihren Beruf weiter vertreten, welche ausdrücklich zu dem Zwecke gegründet sind, diese Berufstätigkeit weiter zu fördern. Und selbst wenn sie und da einmal ein politischer Gegenstand zur Erörterung gelangen würde, so würde das mit den Bestimmungen der Verordnung von 1850 vollständig vereinbar sein.“

Der Segen der Heimarbeit.

In dem Jahresbericht der bremischen Gewerbe-Inspektion findet sich in dem Abschnitt „Arbeiterinnen“ folgender Satz: „Gelegentlich der Revisionen der Cigarrenfabriken wurde auch eine größere Anzahl von Heimarbeitern dieser Branche befragt, und dabei der Eindruck gewonnen, daß die Verhältnisse der mit ihren Männern zusammenarbeitenden Frauen oft durchschnittlich schlechter liegen, als die der in den Fabriken Beschäftigten.“

Was da gesagt wird, ist nicht neu; aber in dem Kampfe gegen die Heimarbeit ist es nützlich, solche amtlichen Zeugnisse über die verwerflichen Wirkungen dieser Arbeitsmethode zu registrieren.

Vierte Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Mainz, 5. Mai 1902. Am Sonntagabend erfolgte in der stattlich geschmückten Stadthalle unter großem Zulauf der Bevölkerung die feierliche Eröffnung der vierten Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Nach der herzlich begrüßung durch den Leiter der Mainzer Fachorganisation, Baptist Wolf, erklärte der erste Vorsitzende, Reichstags-Abgeordneter A. Klotz-Stuttgart, die Verhandlungen für eröffnet.

Der Verhandlung ist befehligt von 85 Delegierten, 4 Vorstandsmitgliedern und je einem Vertreter der Redaktion, Pressekommision und des Ausschusses. Als Vertreter der Generalkommission ist Adolfs-Hamburg erschienen und als Vertreter des österreichischen Holzarbeiter-Verbandes Johann Groß-Wien. Von einer großen Anzahl anderer fremdländischer Fachorganisationen sind Begrüßungen eingegangen. Zu Vorsitzenden wurden Klotz und Glöck gewühlt.

Nach weiterer Komplettierung des Bureau sowie Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten minderer Bedeutung erstattete der erste Vorsitzende Klotz-Stuttgart den Vorstands- und Kassensbericht sowie Schmidt-Berlin als Vorsitzender des Ausschusses den Bericht dieser Korporation.

Den Geschäftsbereich haben wir bereits im Auszug wiedergegeben. Der Vorsitzende behandelt einige größere Ausstände. Der Streik in München ging verloren, die Forderung des Neunhunderttags wurde nicht durchgesetzt. Eine bedauerliche Meinungsverschiedenheit entstand anlässlich des Kettlerbader Streiks mit dem Frankfurter Bauvorstand, dessen Stellungnahme zu verurteilen sei. Die Abstimmung über die Frage der Einföhrung der Arbeitslosen-Unterstützung zeitigte das Resultat, daß die letztere mit 2407 gegen 2407 Stimmen beschlossen wurde. Damit steht der Verband vor einem bedeutungsvollen Schritt, der auch zugleich eine Beitragserhöhung notwendig macht.

Schmidt-Berlin ergänzt den Bericht des Vorsitzenden nach verschiedenen Seiten hin, geht auf einige Differenzpunkte ein und warnt vor einer Ueberschätzung der Arbeitslosen-Unterstützung als Vorbeugungsmittel gegen die Fluktuation im Verbands.

Die darauf eingehende Debatte beschränkt sich lediglich auf die Lohnbewegungen in der verflochtenen Amtsperiode, und von diesen nimmt wieder der Kettlerbader Streik den breitesten Raum ein. Speziell die direkt beteiligten Delegierten warfen dem Vorstande in Streikfällen eine gewisse Engstirnigkeit vor, die weggelassen müßte. Auch die Gutheißung des Münchener Streiks wird verschiedentlich kritisiert. Demgegenüber rechtfertigt der Vorstand seine Haltung in jedem speziellen Falle und eine Reihe nicht direkt beteiligter Delegierten stimmen ihm zu. Im allgemeinen wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Bauvorstände in Streikfällen rigorosere als bisher vorgehen mögen. In weniger belangreichen Fällen könne dann der Vorstand auch einmal Ausnahmen von dem strengen Buchstaben des Streikreglements machen, was jetzt beinahe niemals der Fall war. Auch möge der Vorstand in solchen Fällen, wo er die Streikbewilligung nicht erteilt habe, etwa vorliegende Besuche um Darlehen an die betreffende Ortsverwaltung bewilligen. Demgegenüber wird von Seiten des Vorstandes darauf hingewiesen, daß dies in der abgelaufenen Geschäftsperiode oft genug der Fall war. Nur selten kann auf eine wenn auch nur teilweise Rückzahlung solcher „Darlehen“ gerechnet werden. In Zukunft müsse konsequent gehandelt werden. Entweder werde ein Streik genehmigt und dann erfolge auch die Unterstüfung oder die Genehmigung wird verweigert und dann könne auch kein Darlehen gegeben werden.

In der Nachmittagsitzung erwidert Klotz eingehend auf alle Beschwerden, die Anforderungen waren so erhebliche, daß nicht allen gewillt werden konnte. Redner weist nach, daß der Vorwurf ungerecht ist, als seien die kleinen Zahlstellen zurückgesetzt. Einige kleinere Zahlstellen haben bei Streiks prozentual zu ihren Beiträgen eine viel größere Summe für Streiks erhalten, als in großen Städten.

Weder Hannover hält den jetzigen Zustand, daß der Vorstand über die Genehmigung der Streiks entscheidet, für den allein möglichen. Die Bauvorstände seien viel zu abhängig, als daß man wünschen könnte, ihnen die Entscheidung zu übertragen. Schöpfung-Chemnitz: Der Vorstand habe allen Anlaß, vorsichtig mit den Streiks zu sein. Klotz-Hamburg: Wo die wirtschaftlichen Verhältnisse günstig sind, soll man nur zu Streiks greifen. Der Vorstand soll nicht in unbedeutenden Dingen kleinlich sein, sondern auch einmal die Fägel locker lassen. Über es geht nicht, dem Bauvorstand die Bewilligung von Streiks zu übertragen. Als der Streik der Münchener begann, waren keine Mittel vorhanden. Hier wäre es am Plage gewesen zu sagen, ihr könnt nicht streiken. Bei München lag die Sache so, daß in der ersten Woche nicht mit einer Einigung zu rechnen war. Dem Vorstand war berichtet, der Streik werde bald beendet sein, aber man mußte wissen, daß das nicht der Fall war. Mühen waren die Versuche, gleich Verhandlungen anzuknüpfen, aussichtslos und verfrühten den Zustand, denn die Meister wurden dabei nur sicherer in ihrer ablehnenden Haltung. Leipzig, zweiter Vorsitzender des Verbandes, erwidert auf die vielen Angriffe. Die Darstellung über den Münchener Streik sei unrichtig und übertrieben, denn während des ganzen Streiks waren in der Verbandskasse 130 000 M. Ueber den Kettlerbader Streik sei der Vorstand vom Bauvorsteher Brücker falsch berichtet. Brücker habe selber selbst zugestanden, daß er gefehlt habe, und die Mitglieder in Kettlerbad haben eine gleiche Ansicht geäußert. Stube-Hamburg: Er gehöre zu denjenigen, die dem Vorstand einen Vorwurf daraus machen, daß er den Münchener Streik genehmigt habe. Dagegen sei der Streik der Bauanschläger in Hamburg zu Unrecht abgelehnt. Der Streik ist später ohne erhebliche Kosten, es traten nur einige Arbeiter in Anspruch, zu Gunsten der Arbeiter entschieden. Die Auffassung, daß in den Großstädten sich die Holzarbeiter im allgemeinen besser stellen, sei unrichtig, es gebe auch Kleinstädte, wo die Holzarbeiter mehr verdienen als in den Großstädten. Klotz-Stuttgart weist darauf hin, wie wenig begründet es sei, daß man annimmt, die großen Zahlstellen nehmen die Kasse zu sehr in Anspruch. So treffe das von Berlin gar nicht zu. Berlin habe einen großen Teil der Kosten seiner Lohnkämpfe selbst aufgebracht. Schneegas, Vorstandsmittglied: Daß im Jahre 1900 so viele Streiks nicht genehmigt wurden, lag an den zahlreich eingelaufenen Gesuchen, denen nicht allenhalben stattgegeben werden konnte. Es genüge, darauf hinzuweisen, daß in diesem Jahre 800 000 M. für Streiks ausgegeben wurden. Der große Münchener Streik, den Redner auch für aussichtslos hielt, machte das Zurückdrängen anderer nötig. Es frage sich doch, ob wenn die hier kritisierten abgelehnten Streiks genehmigt wären, sie nicht denselben Ausgang zeitigt hätten, als der Münchener.

Die weitere Debatte, an der noch mehrere Redner teilnahmen, verlief in Einzelheiten über nichtgenehmigte Streiks. Die Verhandlungen wurden sodann auf Dienstag vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis (Südost). Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, unternimmt der Wahlverein am Himmelfahrtstag eine Herrenpartie. Treffpunkt morgens 8 Uhr in der Droschkenburg an der Schleißchen Brücke. Von dort aus geht es nach Vannhulsenweg, Schöneeweide, Johannisthal, Glienicke, Adlershof und Köpenick. Um zahlreiche Beteiligung der Parteigenossen ersucht Der Vorstand.

Schöneberg. Die Mitglieder des Wahlvereins, die sich an der Himmelfahrtspartie des Gesangsvereins „Rote Kelle“ beteiligen wollen, werden gebeten, am Donnerstag früh 6 1/2 Uhr, sich auf dem Bahnhof „Zoologischer Garten“ einzufinden. Fahrt bis Friedrichshagen, von da aus zu Fuß weiter. Eine rege Beteiligung wäre erwünscht. Der Vorstand des Wahlvereins.

Grünau. Der Wahlverein hält seine Mitglieder-Versammlung am Sonntagabend 9 Uhr, bei Duchauffour, Köpenickerstr. 79, ab. Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil referiert über „Volksbibliotheken und Lesehallen und deren Bedeutung für die Arbeiterklasse“. Auch in Anbetracht der weiteren wichtigen Punkte der Tagesordnung ist eine zahlreiche Beteiligung sehr erwünscht.

Vorsigwalde und Tegel. Die Parteigenossen dieser beiden Orte wollen die Expedition des „Vorwärts“ selbst in die Hand nehmen. Eine Volksversammlung, die am Montag, den 12. Mai, bei Klippenstein stattfinden soll, wird sich auch mit der Angelegenheit beschäftigen. In den Lokalen, in denen „Vorwärts“-Plakate anhängen, werden schon jetzt Bestellungen entgegengenommen. Für Vorsigwalde nehmen Bestellungen an: Restaurant Wösch und Herm. Krinkel, Sandauerstraße. Für Tegel: Restaurant Krause, Berlinerstr. 92 und Restaurant Pentner. Die Einrichtung soll mit dem 1. Juni ins Leben treten.

Adlershof und Alt-Glienicke. Zur Agitation für die Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend findet heute Abend in Schörs „Wohlfühlgarten“ in Köpenick eine Versammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Emil Rosenow einen Vortrag über: „Die Lebensmittelverwertung der letzten Jahre und die Aufgaben der Konsumgenossenschaften“ sprechen wird. Außerdem steht auf der Tagesordnung: Die Organisierung des Preßkohleneinkaufs.

Lokales.

In Sachen der Straßeregulierung auf dem Gelände der ehemaligen Worsigischen Maschinenfabrik in Moabit sind die vom Stadtverordneten-Ausschusse zur Vorberatung dieser Angelegenheit beschlossenen neuen Verhandlungen mit der Eigentümerin des Terrains,

Altien-Vaugesellschaft „Neu-Vesuvius“ nunmehr eingeleitet worden. Von der letzteren wurde, wie erinnerlich, in der Magistratsvorlage gefordert, daß sie geeignetes Baugrund für städtische Schulgebäude zu dem früher vereinbarten Preise herzugeben habe. Der Ausschuss hält diesen Preis aber noch für zu hoch und es soll daher versucht werden, ihn herabzusetzen. Auf diesem städtischerseits anzulassenden Terrain sollen das neue nach Moabit zu verlegende Friedrichs-Werderische Gymnasium sowie eine Gemeinde-Doppelschule erbaut werden. Ferner ist mit der genannten Altiengesellschaft wegen des projektierten Baues einer nach dem Schleswiger Meer führenden Fußgängerbrücke noch ein besonderer Vertrag zu vereinbaren, dessen Entwurf der Ausschuss dem Vorsitzenden übertragen hat.

Wilhelm II. in der Kunstausstellung. Wilhelm II. hat am Montag, wie jeder Leser der bürgerlichen Presse schon ausführlich erfahren hat, die Ausstellung am Lehrter Bahnhof mit seinem Besuche ausgezeichnet. Die Ausstellungs-Kommission erlebte damit ihren großen Augenblick; denn für den Kaiser hat sie das Haus festlich mit Schlachtenbildern und Porträts der Hofe bekannter Persönlichkeiten geschmückt. Auch ein Teil des Publikums (es war am Montag als dem Markt-Tag meist die bessere Gesellschaft vertreten) schien sehr stolz und erfreut, sich im Ausfluge mit einem so illustren Gaste teilen zu dürfen.

Nicht ganz ungetrübter aber blieb das Vergnügen für jene, die in der Absicht gekommen waren, sich ungestört in die Betrachtung der ausgestellten Kunstwerke zu versenken. Es wurden nämlich ganze Teile der Ausstellung zeitweise ausschließlich für den Kaiser, seine Gemahlin und das Gefolge reserviert. Nicht nur derjenige Saal, welchen der Kaiser besichtigte, wurde von allen andern Gästen geräumt, sondern auch der nächstfolgende. Da die Besichtigung ziemlich rasch erfolgte, entwickelte sich in den Hauptgängen eine förmlich flucht. Schließlich wurde ein Teil des Publikums, der gerade im Stulpturen-Saal weilte, von den Beamten rechts in die Seitenäle 48-49 abgedrängt; da diese keinen feillichen Ausgang besitzen, war man dort eine Zeit lang fastisch blockiert.

Einen Ruhepunkt in dieser Flucht, die freilich — die Gerechtigkeit gebietet es zu sagen — einem Teil des Publikums große Freude bereite, bot nur der Aufenthalt des Kaisers, vor einem von ihm selbst bestellten Schlachtenbilde Rossas; dagegen zeichnete sich der Aufenthalt im Saale der heimgeliebten Seccionspflichtlinge durch auffallende Kürze aus. — Als der Kaiser die Ausstellung verließ, schien bei den übrigen Besuchern keine rechte Stimmung mehr aufgenommen zu werden. Ein Teil von ihnen schielte in den erhaltenen persönlichen Eindrücken, während einer den andern fragte, ob es denn notwendig war, daß Leute, die ihr Eintrittsgeld bezahlt haben, auf Anordnung des Ausstellungs-Komitees in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert werden. Sie meinten, daß es sich doch vielleicht eher empfehlen würde, an Tagen, für die so hoher Besuch angekündigt ist, die Ausstellung überhaupt für das Publikum geschlossen zu halten.

Zehnhundert-Ladenschluß. Bis 10 Uhr abends dürfen heute sowie am 16. und 17. Mai offene Verkaufsstellen geöffnet bleiben.

Retting der Ordnung. Sie haben am 29. März d. J. vormittags 9 Uhr 40 Minuten, als Sie einen Kranz mit einer breiten roten Schleife in auffälliger Weise über den Mariannenplatz in der Richtung nach der Wangelstraße trugen, der Aufforderung des Polizeikommissars von Carnay, die Schleife zu verbergen, nicht unbedingt Folge geleistet, sondern haben den Kranz noch einige Schritte in der angegebenen Weise weiter getragen. Diese Uebertretung wird bewiesen durch das Zeugnis der Polizeikommissars von Carnay und Wieling. Auf Grund der §§ 182 und 183 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1899 wird deshalb gegen Sie eine Geldstrafe von fünf Mark festgesetzt.

Diese Strafverfügung ist gerichtet gegen einen Arbeiter, der an dem erwähnten Tage ahnungslos einen zur Viehwechselei bestimmten Kranz über die Straße getragen hat.

Der vom Polizeipräsidenten herangezogene Paragraph der Straßenordnung besagt, daß der zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf der öffentlichen Straße ergehenden Anordnungen der Straßenpolizei unbedingt Folge zu leisten ist.

Ein Nachweis dafür, daß das Tragen des Kranzes in irgend einer Weise die Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe des breiten Mariannenplatzes gestört hat, fehlt in der Strafverfügung. Es ist ja auch, mag man sich die Breite der ordnungswidrigen Kranzschleife noch so ungeschmeichlich vorstellen, nicht gut anzunehmen, daß sie den Mariannenplatz zu einem wesentlichen Teil beschattet und so die Sicherheit und Bequemlichkeit der Gegend irgendwie in größerem Umfange als etwa der grüne Wagen oder sonst ein Vehikel bedroht hat. Da ein Kranz mit roter Schleife auch nicht eigentlich zu den lebenden Wesen zu rechnen und somit von den Unarten gewisser Vierfüßler frei ist, konnte er auch die Reinlichkeit des Mariannenplatzes nicht in Frage stellen. Ebenfalls wird jeglicher Nachweis dafür vermisst, daß eine Spieluhr oder Quare in dem Mariannenplatz oder der Schleife verborgen war, so daß die Ruhe des Mariannenplatzes auch nicht erheblich gestört sein konnte.

So soll und kann verlangen, ob das Gericht die originell begründete Strafverfügung als zu Recht erlassen anerkennen wird.

Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß infolge der Hundesperre die gefährliche Hundhaltung im Deutschen Tierärztlichen Verein gestört worden sei. Wie uns von der Verwaltung desselben mitgeteilt wird, ist diese in vielen Hunderten von Anfragen sich widerspiegelnde Auffassung eine irrige. Der Verein übernimmt nach wie vor sowohl in dem Depot an der Stadtbahn, wie auch in dem Hof in Lankwitz das Scheren und Waschen von Hunden. Ebenso wird die tägliche Tierärztliche genau so wie stets durch Vereins-Tierärzte abgehalten. Der Verein nimmt ferner nach wie vor Tiere in Pflege und können Pensionen auch an dem Depot an der Stadtbahn zur Uebersiedlung nach Lankwitz eingeliefert werden. In diesem Falle ist jedoch ein polizeilicher Auslieferungsschein beizufügen.

Ein überraschender Abschluß hat eine der gegen den „Reichsglädner“ Joachim Gehlsen gerichteten gewöhnlichen Strafsachen gefunden. Letzterer war f. z. wegen Verletzung des Charlottenburger Magistrats und des Stadtsekretärs Kuhlows angeklagt, vom Gericht aber freigesprochen worden, nachdem der Staatsanwalt 3/4 Jahre Gefängnis beantragt hatte. Der Gerichtshof hatte den von Gehlsen angetretenen Wahrheitsbeweis im wesentlichen für erbracht erachtet und ihm im übrigen den Saug des § 193 zugebilligt, da er als Bürger Charlottenburgs die Interessen der dortigen Bürgerschaft wahrzunehmen berechtigt sei. Wegen das freisprechende Erkenntnis legten Staatsanwalt und Magistrat von Charlottenburg Revision ein. Das Reichsgericht hob das erste Urteil auf und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung vor das Landgericht Berlin I. Nachdem eine gewisse Zeit verstrichen ist, ist jetzt dem Angeklagten ein Gerichtsbeschluß zugunsten, wonach das Verfahren wegen Zurücknahme des Strafantrags eingestellt worden sei. Rechtsanwält Dr. Wertzauer hat hiergegen namens des Angeklagten Beschwerde erhoben, weil eine solche Beschlußfassung nicht angängig

